

Niedersächsisches Ministerialblatt

67. (72.) Jahrgang

Hannover, den 15. 3. 2017

Nummer 10

INHALT

A. Staatskanzlei		K. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz	
Gem. RdErl. 2. 3. 2017, Vertretung des Landes Niedersachsen 20120	254	RdErl. 28. 2. 2017, Überwachungsplan gemäß Artikel 20 der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und § 17 der 12. BImSchV	257
Bek. 7. 3. 2017, Honorarkonsuln in der Bundesrepublik Deutschland	254		
Bek. 7. 3. 2017, Honorarkonsuln in der Bundesrepublik Deutschland	254	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie	
		Bek. 27. 2. 2017, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Hannover)	284
B. Ministerium für Inneres und Sport		Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	
Bek. 28. 2. 2017, Landesausschuss „Rettungsdienst“ nach § 13 NRettDG; Rettungsdienstliche Bewältigung von Amok- bzw. Terrorlagen	254	Bek. 7. 3. 2017, Feststellung gemäß § 3 a UVPG; Anlegung von Behelfsumfahrungen im Zuge des sechsstreifigen Ausbaus der Bundesautobahn 7	284
Bek. 2. 3. 2017, Bekanntmachung über die Unanfechtbarkeit des Verbots der Vereinigung „Kameradschaft Aachener Land“ und über eine Gläubigeraufforderung	256	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz	
RdErl. 7. 3. 2017, Bekleidungs Zuschuss und Bewegungsgeld für den Kriminaldienst in der niedersächsischen Landespolizei	256	Bek. 15. 3. 2017, Vorläufige Sicherung des Überschwemmungsgebietes des Violenbaches im Landkreis Osnabrück	284
RdErl. 7. 3. 2017, Dienstkleidung für den Polizeivollzugsdienst (DKIV Pol.)	256	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig	
		Bek. 24. 2. 2017, Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG; Öffentliche Bekanntmachung (KKF Fels GmbH & Co. KG, Goslar)	285
C. Finanzministerium		Bek. 27. 2. 2017, Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG; Öffentliche Bekanntmachung (Biogas Grasleben GmbH & Co. KG)	285
RdErl. 3. 3. 2017, Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen an Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst in der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Technische Dienste, Fachbereich Maschinen- und Elektrotechnik	256	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Göttingen	
		Bek. 3. 3. 2017, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Bioenergie-dorf Jühnde eG)	286
D. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung		Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Hannover	
E. Ministerium für Wissenschaft und Kultur		Bek. 28. 2. 2017, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Lübber Erd- und Tiefbau GmbH, Syke)	286
F. Kultusministerium		Bek. 2. 3. 2017, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Enertec Hameln GmbH)	286
G. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr		Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg	
RdErl. 27. 1. 2017, Betriebsanweisung für den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)	256	Bek. 15. 3. 2017, Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG; Öffentliche Bekanntmachung (GEKA mbH, Munster)	287
		Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg	
H. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		Bek. 22. 2. 2017, Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG; Öffentliche Bekanntmachung (Weser-Metall GmbH, Nordenham)	287
		Bek. 2. 3. 2017, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Bahlmann Naturstrom GmbH, Lindern)	289
I. Justizministerium		Stellenausschreibung	292

A. Staatskanzlei**Vertretung
des Landes Niedersachsen****Gem. RdErl. d. StK u. sämtl. Min. v. 2. 3. 2017**
— 201-01461/03 —

— VORIS 20120 —

Bezug: Gem. RdErl. v. 12. 7. 2012 (Nds. MBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gem. RdErl. v. 1. 3. 2016 (Nds. MBl. S. 274)
— VORIS 20120 —

Der Bezugerlass wird mit Wirkung vom 1. 3. 2017 wie folgt geändert:

1. Abschnitt III Nr. 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 erhalten die Buchstaben d bis f folgende Fassung:
 - „d) den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz in Grundstücksangelegenheiten des üblichen Geschäftsverkehrs der Wasserwirtschaft und des Naturschutzes mit Ausnahme der nach Buchstabe g betreuten Flächen,
 - e) die Nationalparkverwaltung ‚Harz‘, die Nationalparkverwaltung ‚Niedersächsisches Wattenmeer‘ sowie die Biosphärenreservatsverwaltung ‚Niedersächsische Elbtalaue‘ in Grundstücksangelegenheiten des üblichen Geschäftsverkehrs des Naturschutzes mit Ausnahme der nach Buchstabe g betreuten Flächen,
 - f) die Ämter für regionale Landesentwicklung in Grundstücksangelegenheiten der niedersächsischen Landentwicklungsverwaltung und“.
 - b) Dem Satz 1 wird der folgende Buchstabe angefügt:
 - „g) die Ämter für regionale Landesentwicklung in Grundstücksangelegenheiten für sämtliche moor- und domänenfiskalische Grundstücksangelegenheiten einschließlich der von der Staatlichen Moorverwaltung und der Domänenverwaltung betreuten Flächen der Naturschutzverwaltung sowie für den landwirtschaftlichen Grundbesitz der Stiftung Braunschweigischer Kulturerbe-Stiftung.“
 - c) In Satz 2 werden die Angabe „Buchst. c bis f“ durch die Angabe „Buchst. c bis g“ und das Wort „Bereichen“ durch das Wort „Behörden“ ersetzt.
 - d) Es wird der folgende Satz angefügt:

„Werden solche landeseigenen Flächen im Wege einer Verwaltungsvereinbarung von einer anderen Behörde betreut, so stehen die Befugnisse dieser Behörde zu.“
2. Abschnitt IV Unterabschn. B wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 14 wird der Klammerzusatz gestrichen.
 - b) Nummer 21 erhält folgende Fassung:

„21. die Materialprüfanstalt für das Bauwesen und Produktionstechnik (Hannover) und die Materialprüfanstalt für das Bauwesen (Braunschweig) jeweils für ihren Bereich, soweit sich die zuständige oberste Landesbehörde nicht im Einzelfall die Vertretung vorbehält.“
3. Abschnitt IX Nr. 1 erhält folgende Fassung:
 - „1. bei der Pfändung von Bezügen (Besoldung und Entgelte), Versorgungsbezügen (Ruhegehalt, Witwen- oder Witwergeld usw.) und das Altersgeld durch die Behörde, die die Auszahlung anzuordnen hat;“.

An die
Dienststellen der Landesverwaltung

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 254

Honorarkonsuln in der Bundesrepublik Deutschland**Bek. d. StK v. 7. 3. 2017 — 203-11700-3 GBR —**

Das Herrn Dr. Gunter Dunkel erteilte Exequatur als Honorarkonsul des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Hannover mit dem Konsularbezirk Land Niedersachsen ist mit Ablauf des 31. 12. 2016 erloschen.

Die honorarkonsularische Vertretung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Hannover ist somit geschlossen.

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 254

Honorarkonsuln in der Bundesrepublik Deutschland**Bek. d. StK v. 7. 3. 2017 — 203-11700-3 SVK —**

Das Auswärtige Amt teilt mit, dass die honorarkonsularische Vertretung der Slowakischen Republik eine neue Adresse hat:

Kalenberger Graben 14
31134 Hildesheim

Öffnungszeiten: montags bis donnerstags von 9.00 bis 12.30 Uhr nach telefonischer Vereinbarung.

Die übrigen Kontaktdaten bleiben unverändert.

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 254

B. Ministerium für Inneres und Sport**Landesausschuss „Rettungsdienst“ nach § 13 NRettDG;
Rettungsdienstliche Bewältigung
von Amok- bzw. Terrorlagen****Bek. d. MI v. 28. 2. 2017 — 35.22-41576-10-13/0 —**Gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Landesausschusses „Rettungsdienst“ werden die vom Landesausschuss beschlossenen Empfehlungen zur rettungsdienstlichen Bewältigung von Amok- bzw. Terrorlagen bekannt gemacht (**Anlage**).

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 254

Anlage**1. Vorbemerkung**

Diese Empfehlungen dienen dazu, die rettungsdienstliche Bewältigung von Amok- bzw. Terrorlagen zu unterstützen. Erfahrungen haben gezeigt, dass bei solchen Lagen mit vielen verletzten Personen und besonderen Verletzungsarten gerechnet werden muss. Darüber hinaus ist die zu erwartende Anzahl seelisch traumatisierter Personen, für die eine entsprechende Betreuung zu erfolgen hat, hoch.

Aufgrund der besonderen Gefährdungslage bei einem derartigen Ereignis ist es notwendig, Einsatzkonzepte der Polizei, des Rettungsdienstes sowie der Feuerwehr abzustimmen, um eine Gefährdung für die vor Ort befindlichen Einsatzkräfte zu vermeiden sowie eine reibungslose Zusammenarbeit zu gewährleisten. Dazu sind spezielle einsatztaktische Kompetenzen der rettungsdienstlichen Führungskräfte (Örtliche Einsatzleitung Rettungsdienst) notwendig. Vorbereitend sind auf lokaler Ebene zwischen der Polizei, den Behörden und Organisationen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr sowie den Krankenhäusern verbindliche Absprachen mit gegenseitiger Benennung von Ansprechpartnern und Verbindungspersonen für den Einsatzfall zu treffen.

2. Allgemeines

Eine Amoklage liegt vor, wenn eine Tatverdächtige oder ein Tatverdächtiger oder seltener mehrere Tatverdächtige scheinbar wahllos, insbesondere mittels Waffen, Sprengmitteln, ge-

fährlichen Werkzeugen oder außergewöhnlicher Gewaltanwendung eine in der Regel zunächst nicht bestimmte Anzahl von Personen verletzt oder getötet hat bzw. dies zu erwarten ist und sie oder er auf weitere Personen einwirken kann. Dabei wird zwischen einer stationären (z. B. innerhalb eines Schulgebäudes) und einer mobilen Amoklage (die oder der Tatverdächtige bewegt sich von einem Ort zum anderen) unterschieden.

Bei Terrorlagen stehen bislang detailliert und zentral vorbereitete Anschläge meist mehrerer Terroristen an einem Ort im Vordergrund. Auch ist mit mehreren gleichzeitig oder in näherem zeitlichen Zusammenhang erfolgenden Anschlägen an verschiedenen Orten zu rechnen.

Die telefonische Androhung eines Amok- bzw. Terroranschlags oder ein Verdacht ist keine Einsatzlage im Sinne dieser Definition.

3. Alarmierung und Bereitstellungsraum

Bei der Einsatzmeldung „Amok- bzw. Terrorlage“ durch die jeweilige Lage- und Führungszentrale der Polizei alarmiert die zuständige Leitstelle nach dem Stichwort „Amok- bzw. Terrorlage“ die in der Alarm- und Ausrückordnung (AAO) vorgesehenen Kräfte. Dabei sind die Empfehlungen des Landesausschusses Rettungsdienst zur Bewältigung von Notfallereignissen mit einer größeren Anzahl von Verletzten oder Kranken (Großschadensereignisse) (Bek. d. MI v. 19. 11. 2014 – 36.42-41576-10-13/0 –, Nds. MBl. Nr. 5/2015, S. 136) zu beachten.

Ein initial sicherer Bereitstellungsraum ist vor der Alarmierung der Einsatzkräfte in Absprache mit der Polizei festzulegen. Hierbei ist zu beachten, dass der Bereitstellungsraum groß genug ist und sich außerhalb des durch die Polizei festzulegenden Gefahrenbereichs befindet. Bei mobilen Lagen kann es notwendig sein, zunächst in den jeweiligen Rettungswachen bzw. Feuerwehrhäusern in Bereitstellung zu gehen. Auch die sektorale Bereitstellung von einzelnen Rettungsmitteln in definiertem Abstand zum Gefahrenbereich als alternatives/ergänzendes Prinzip bei einem Anschlag oder weiteren Anschlägen („Second Hit“) an verschiedenen Orten (ggf. auf Rettungskräfte und Rettungsmittel) kann eine Option sein (siehe Abb. 1).

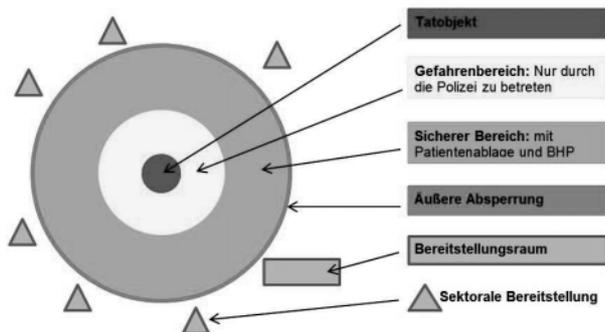


Abb. 1: Mögliche Raumordnung bei Amok- bzw. Terrorlagen

4. Einsatzgrundsätze

Bei Amok- bzw. Terrorlagen sind nachfolgende Einsatzgrundsätze zu beachten:

- Die alarmierten Einsatzkräfte fahren ausschließlich den zuvor festgelegten und benannten Bereitstellungsraum bzw. die Bereitstellungsorte nach dem Prinzip der sektoralen Bereitstellung an, verbleiben dort und halten Funkverbindung mit der zuständigen Leitstelle.
- Der Gefahrenbereich, der sichere Bereich und der Bereich des Patientenübergabepunktes werden von der Polizei festgelegt.
- Der sichere Bereich darf durch Einsatzkräfte des Rettungsdienstes und der Feuerwehr nur nach vorheriger Genehmigung durch die Einsatzleitung betreten werden. Diese wiederum erhält die Freigabe ausschließlich von der Polizeiführung.
- Es erfolgt keine rettungsdienstliche Patientenversorgung im Gefahrenbereich.
- Neben dem rettungsdienstlichen Einsatz ist eine psychosoziale Notfallversorgung sicherzustellen.
- Hinsichtlich der Eigensicherung des Einsatzpersonals wird auf die unter Federführung des Bundesamtes für Bevölke-

rungsschutz und Katastrophenhilfe herausgegebenen Handlungsempfehlungen zur Eigensicherung für Einsatzkräfte der Katastrophenschutz- und Hilfsorganisationen bei einem Einsatz nach einem Anschlag (HEIKAT) verwiesen.

5. Patientenversorgung

Bei Amok- bzw. Terrorlagen können Einsatzkräfte mit unterschiedlichen Verletzungs- bzw. Krankheitsbildern konfrontiert werden. Dabei hat sich gezeigt, dass am häufigsten Explosions- und Schussverletzungen zu erwarten sind, bei deren Behandlung dem Zeitfaktor ein besonders hoher Stellenwert zukommt. Die schnellstmögliche Verbringung der lebensbedrohlich Verletzten aus dem Gefahrenbereich, Übergabe in der sicheren Zone an den Rettungsdienst mit dortiger umgehender Versorgung („Damage Control“) und zeitnahe Transport zur klinischen Weiterbehandlung sind entscheidend.

Mit folgenden Verletzungsmustern ist insbesondere zu rechnen:

- Amputationsverletzungen,
- offene und geschlossene Perforationsverletzungen der großen Körperhöhlen,
- offene und geschlossene, auch großflächige Weichteilverletzungen,
- offene und geschlossene Frakturen,
- starke Blutungen, auch großflächig oder nicht komprimierbar (z. B. an großen Gelenken),
- Verbrennungen,
- Barotrauma der Lunge,
- mit den Verletzungen einhergehende Schmerzzustände und/oder Volumenmangelschockzustände.

Zur schnellen und sachgerechten rettungsdienstlichen Versorgung solcher Verletzungen sind daher nachfolgende Maßnahmen vorrangig, für die entsprechende medizinisch-technische Ausrüstungen und Medizinprodukte auf den Rettungsmitteln verfügbar sein sollen.

Da die besonderen Schädigungsmechanismen und Therapieprinzipien im rettungsdienstlichen Alltagsgeschehen nur selten vorkommen, erfordern die Einschätzung der Einsatzsituation und Anwendung gerade der speziellen Maßnahmen der Blutstillung besondere theoretische und praktische Kenntnisse und Fertigkeiten, die von der Anwenderin oder dem Anwender in Fortbildungen nach den Vorgaben des jeweils zuständigen Ärztlichen Leiters Rettungsdienst erworben werden müssen.

5.1 Stillen lebensbedrohlicher Blutungen

Entsprechend dem eskalierenden Vorgehen bei der Behandlung von starken Extremitätenblutungen stehen Lagerung, Abdrücken und Anlage von Druckverbänden im Vordergrund. Ist dieses ineffektiv oder bei lebensbedrohlichen und/oder schlecht zugänglichen Blutungen nicht erfolgversprechend, kommen Tourniquets zum Einsatz. Zeitpunkt und Ort der Anlage müssen am Patienten dokumentiert werden. Für die Auswahl der Medizinprodukte wird auf die Empfehlung der medizinischen Fachgesellschaften verwiesen.

Bei durch Anwendung von Tourniquets nicht stillbaren Blutungen, die einer Kompression zugänglich sind, hierdurch allein aber nicht zum Stehen kommen, können mit Hämostypika imprägnierte Gaze-Tamponaden mit anschließender mehrminütiger Kompression hilfreich sein. Im Einsatz bewährt haben sich mit Kaolin oder Chitosan imprägnierte Gazebinden (z. B. QuikClot Combat Gauze®).

5.2 Entlastung eines Spannungspneumothorax

Bei klinischen Zeichen eines Spannungspneumothorax ist die Entlastungspunktion mit einer großlumigen Kanüle, gefolgt von der Anlage einer Thoraxdrainage entsprechend den aktuellen notfallmedizinischen Standards indiziert.

Die weiteren Maßnahmen, wie **Immobilisation/Schienung, Wärmeerhalt, Schmerztherapie sowie Therapie des hämorrhagischen Schocks** folgen den üblichen rettungsdienstlichen Standards bei der Versorgung von Traumapatientinnen und Traumapatienten.

6. Finanzierung

Eventuell entstehende zusätzliche Kosten sind durch die Regelungen der Empfehlungen des Landesausschusses Rettungsdienst zur Bewältigung von Notfallereignissen mit einer größeren Anzahl von Verletzten oder Kranken (Großschadensereignisse) in Verbindung mit Punkt 3.7.3 „Kostenpauschalen“ der Richtlinien für die Ermittlung der betriebswirtschaftlichen Gesamtkosten in der geltenden Fassung abgegolten.

**Bekanntmachung
über die Unanfechtbarkeit des Verbots
der Vereinigung „Kameradschaft Aachener Land“
und über eine Gläubigeraufforderung**

Bek. d. MI v. 2. 3. 2017 — 22.22-12202/2-63 —

Der Verein „Kameradschaft Aachener Land“ wurde vom Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen mit Verfügung vom 31. 7. 2012 verboten. Das Verbot ist seit dem 17. 2. 2017 unanfechtbar geworden.

Die Gläubiger des verbotenen Vereins werden gemäß § 15 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) aufgefordert,

- ihre Forderungen bis zum 13. 4. 2017 schriftlich unter Angabe des Betrages und des Grundes sowie des Aktenzeichens „ZA 2.2-57.07.12“ beim Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Dezernat ZA 2, Völklinger Straße 49, 40221 Düsseldorf, anzumelden,
- ein im Fall der Insolvenz beanspruchtes Vorrecht anzugeben, soweit dieses Voraussetzung für eine vorzeitige Befriedigung nach § 16 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) ist,
- nach Möglichkeit urkundliche Beweisstücke oder Abschriften hiervon beizufügen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Forderungen, die bis 13. 4. 2017 nicht angemeldet werden, nach § 13 Abs. 1 Satz 3 des Vereinsgesetzes erlöschen.

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 256

**Bekleidungszuschuss und Bewegungsgeld
für den Kriminaldienst
in der niedersächsischen Landespolizei**

RdErl. d. MI v. 7. 3. 2017 — 26.34-02431-0 —

— VORIS 20444 —

— Im Einvernehmen mit dem MF —

Bezug: RdErl. v. 27. 2. 2012 (Nds. MBl. S. 238)
— VORIS 20444 —

Der Bezugserlass wird mit Wirkung vom 1. 3. 2017 wie folgt geändert:

In Nummer 4 wird das Datum „31. 12. 2017“ durch das Datum „31. 12. 2019“ ersetzt.

An die
Polizeibehörden

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 256

Dienstkleidung für den Polizeivollzugsdienst (DKIV Pol.)

RdErl. d. MI v. 7. 3. 2017 — 26.34-02431-0 —

— VORIS 21022 —

Bezug: RdErl. v. 6. 12. 2012 (Nds. MBl. 2013 S. 22)
— VORIS 21022 —

Der Bezugserlass wird mit Wirkung vom 1. 3. 2017 wie folgt geändert:

In Nummer 7.1 wird das Datum „31. 12. 2017“ durch das Datum „31. 12. 2019“ ersetzt.

An die
Polizeibehörden

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 256

C. Finanzministerium

**Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen
an Beamtinnen und Beamte auf Widerruf
im Vorbereitungsdienst in der Laufbahn
der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Technische Dienste,
Fachbereich Maschinen- und Elektrotechnik**

RdErl. d. MF v. 3. 3. 2017 — VD4 11 63 —

— VORIS 20441 —

Bezug: RdErl. v. 3. 8. 2015 (Nds. MBl. S. 1034)
— VORIS 20441 —

1. Aufgrund des § 59 NBesG vom 20. 12. 2016 (Nds. GVBl. S. 308), geändert durch Artikel 4 und 5 des Gesetzes vom 20. 12. 2016 (Nds. GVBl. S. 308), werden Anwärterinnen und Anwärtern sowie Referendarinnen und Referendaren in der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Technische Dienste, Fachbereich Maschinen- und Elektrotechnik, aufgrund des erheblichen Mangels an hinreichend qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern Anwärtersonderzuschläge in Höhe von 35 % des zustehenden Anwärtergrundbetrages gezahlt.

2. Dieser RdErl. tritt am 1. 4. 2017 in Kraft und mit Ablauf des 30. 9. 2019 außer Kraft. Der Bezugserlass tritt mit Ablauf des 31. 3. 2017 außer Kraft.

An die
Dienststellen der Landesverwaltung

Nachrichtlich:

An die
Region Hannover, Gemeinden, Landkreise und der Aufsicht des Landes unterstehenden anderen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 256

G. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

**Betriebsanweisung für den Landesbetrieb
Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)**

RdErl. d. MW v. 27. 1. 2017 — 33-33110/1000 —

— VORIS 20110 00 00 80 013 —

Bezug: Gem. RdErl. d. MW, d. MI u. d. MF v. 30. 12. 1997
(Nds. MBl. 1998 S. 268)
— VORIS 20110 00 00 08 013 —

Nummer 1.2 des Bezugserlasses wird mit Wirkung vom 1. 1. 2017 wie folgt geändert:

Die Anlage erhält die in der **Anlage** abgedruckte Fassung.

An die
Dienststellen der Landesverwaltung

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 256

Anlage

Anlage

**Betriebsanweisung für den Landesbetrieb
Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)**

I. Rechtsform und Aufgaben

§ 1

Rechtsform, Name, Sitz

(1) Das Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN) wird als Landesbetrieb nach § 26 LHO geführt.

(2) ¹Der Sitz des MEN ist Hannover. ²Darüber hinaus hat es Betriebsstätten auch an anderen Standorten in Niedersachsen.

§ 2

Aufgaben

(1) Dem MEN obliegt der Vollzug der Bestimmungen im gesetzlich geregelten Mess- und Eichwesen.

(2) Das MEN vertritt zur Wahrnehmung dieser Aufgaben die Interessen des Landes bei der fachlichen Mitwirkung in Gremien auf nationaler und internationaler Ebene, sofern diese Aufgaben nicht der Aufsichtsbehörde vorbehalten sind.

(3) ¹Weitere Aufgaben können dem MEN durch die Aufsichtsbehörde zugewiesen werden. ²Sofern es sich hierbei um privatrechtlich gestaltete Aufgaben im Zusammenhang mit den Aufgaben nach Absatz 1 handelt, müssen diese mindestens kostendeckend gestaltet sein. ³Ein Verdrängungswettbewerb darf damit nicht einhergehen.

II. Betriebsführung und Aufsicht

§ 3

Grundsätze, Organisation

(1) Das MEN wird durch eine Direktorin oder einen Direktor geleitet.

(2) ¹Das MEN wird in Bereiche gegliedert. ²Der Leiterin oder dem Leiter eines Bereiches wird die stellvertretende Leitung des MEN übertragen.

(3) ¹Entscheidungen zur Aufbau- und Ablauforganisation trifft das MEN in eigener Verantwortung. ²Entscheidungen über die regionale Verteilung der Betriebsstellen berücksichtigen die Gesichtspunkte der Kundenorientierung und der Leistungsnachfrage. ³Standortänderungen der Betriebsstellen sind der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(4) Das MEN gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 4

Befugnisse der Geschäftsleitung

(1) Die Geschäfte des MEN sind nach Maßgabe der Rechtsvorschriften und den Bestimmungen dieser Betriebsanweisung zu führen.

(2) Die Leitung des MEN ist Dienstvorgesetzte/r bzw. Vertreter/in des Arbeitgebers für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

§ 5

Aufsicht

(1) ¹Die Dienst- und Fachaufsicht obliegt dem MW (Aufsichtsbehörde). ²Die Aufsichtsbehörde kann dem MEN Weisungen erteilen. ³Sie hat ein uneingeschränktes Recht auf Auskunft und Prüfung aller Geschäftsvorfälle.

(2) Der Aufsichtsbehörde sind vorbehalten:

- die Änderung der Betriebsanweisung,
- die Zustimmung zur Geschäftsordnung nach § 3 Abs. 4,
- die Zustimmung zur Dienstanweisung nach § 8 Abs. 2,
- die Zustimmung zur Einstellung von Beamtinnen und Beamten sowie zur Wiederbesetzung von Stellen der Beschäftigten der Entgeltgruppen 12 und höher.
- die Zustimmung zur Auswahl des Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss,
- die Zustimmung zum Wirtschaftsplan,
- die Genehmigung des Jahresabschlusses,

(3) Das MEN hat die Aufsichtsbehörde über die wirtschaftliche Entwicklung und im Einzelfall über Ereignisse und Tendenzen von grundsätzlicher Bedeutung zu unterrichten.

III. Wirtschaftsführung

§ 6

Grundsätze

(1) ¹Die Tätigkeit des MEN ist nach kaufmännischer Bewertung kostendeckungsorientiert. ²Zur Sicherung künftiger Entwicklungen sollen angemessene Rücklagen gebildet werden.

(2) Für gesetzlich vorgesehene Aufgaben, die nicht durch Gebühreneinnahmen gedeckt werden können, erhält das MEN Zuführungen aus dem Landeshaushalt.

(3) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

(4) Ein Jahresüberschuss soll nach folgender Rangfolge verwendet werden:

1. Verluste aus den Vorjahren sind auszugleichen,

2. der verbleibende Jahresüberschuss soll bis zur Höhe der Zuführungen aus dem Landeshaushalt nach § 6 Abs. 2 zu je 50 % an das Land abgeführt bzw. der allgemeinen Rücklage zugeführt werden,
3. der die Zuführungen aus dem Landeshaushalt nach § 6 Abs. 2 übersteigende Jahresüberschuss soll zu 20 % an das Land abgeführt und zu 80 % in die allgemeine Rücklage eingestellt werden.

§ 7

Besonderheiten zur Aufstellung und Ausführung des Wirtschaftsplans

(1) Das MEN legt der Aufsichtsbehörde den Entwurf des Wirtschaftsplans und den Entwurf für die Fortschreibung der mittelfristigen Planung zu dem von der Aufsichtsbehörde bestimmten Termin vor.

(2) ¹Im Wirtschaftsplan sind Planstellen nach Besoldungsgruppen und Amtsbezeichnungen auszubringen. ²Darüber hinaus ist das Soll-Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheiten darzustellen.

(3) ¹Der Wirtschaftsplan tritt mit der Zustimmung der Aufsichtsbehörde in Kraft. ²Bis zu diesem Zeitpunkt gelten die Regelungen zur vorläufigen Haushaltsführung des Artikels 66 der Niedersächsischen Verfassung und der hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen.

(4) Die Bezüge der Bediensteten werden von dem Niedersächsischen Landesamt für Bezüge- und Versorgung (NLBV) berechnet, von der zuständigen Landeskasse gezahlt und vom MEN nach den Anforderungen des NLBV erstattet.

§ 8

Besonderheiten zum Zahlungsverkehr

(1) ¹Zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs führt das MEN ein Girokonto bei der Norddeutschen Landesbank. ²Um Barzahlungen der Betriebsstellen in der Fläche zu ermöglichen, unterhält das MEN zusätzlich ein Konto bei der Postbank. ³Diese Konten nehmen banktäglich am automatisierten Verstärkungs- und Abführungsverfahren der Landeshauptkasse teil.

(2) Das MEN kann sich eine Dienstanweisung zum Zahlungsverkehr geben, die den Besonderheiten des Landesbetriebes Rechnung trägt.

IV. Inkrafttreten

§ 9

Inkrafttreten

¹Diese Betriebsanweisung tritt am 1. 1. 2017 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die Betriebssatzung vom 30. 12. 1997 (Nds. MBl. 1998 S. 268) außer Kraft.

K. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

**Überwachungsplan
gemäß Artikel 20 der Richtlinie 2012/18/EU
des Europäischen Parlaments und des Rates
und § 17 der 12. BImSchV**

RdErl. d. MU v. 28. 2. 2017 — 33-40500/112 —

— VORIS 28500 —

Bezug: RdErl. v. 23. 10. 2013 (Nds. MBl. S. 781), geändert durch RdErl. v. 30. 4. 2014 (Nds. MBl. S. 368)
— VORIS 28500 —

Mit dem als **Anlage** abgedruckten Überwachungsplan für Niedersachsen werden die Anforderungen der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. 7. 2012 zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates (ABl. EU Nr. L 197

S. 1), und des § 17 der 12. BImSchV i. d. F. vom 8. 6. 2005 (BGBl. I S. 1598), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 9. 1. 2017 (BGBl. I S. 47), umgesetzt.

Die Vorgaben des Überwachungsplans sind bei der Überwachung von Betriebsbereichen i. S. der 12. BImSchV anzuwenden.

Dieser RdErl. tritt am 10. 3. 2017 in Kraft.

An
das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter
die Region Hannover, Landkreise, kreisfreien und großen selbständigen Städte

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 257

Anlage

Überwachungsplan gemäß Artikel 20 der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und § 17 der 12. BImSchV

Inhaltsübersicht

1. **Einleitung**
2. **Rechtliche Regelungen**
3. **Überwachung von Betriebsbereichen**
 - 3.1 Geltungsbereich
 - 3.1.1 Räumlicher Geltungsbereich
 - 3.1.2 Inhaltlicher Geltungsbereich
 - 3.2 Allgemeine Beurteilung der Anlagensicherheit
 - 3.3 Verfahren für die Aufstellung von Programmen für die regelmäßige Überwachung
 - 3.4 Verfahren für die Überwachung aus besonderem Anlass
4. **Umsetzung**
 - 4.1 Durchführung der Überwachungsmaßnahmen und Bestimmungen für die Zusammenarbeit zwischen Überwachungsbehörden
 - 4.2 Datenerhebung und Dokumentation
 - 4.3 Veröffentlichung von Informationen zur Vor-Ort-Besichtigung

Anhang 1: Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)

Anhang 2: Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Gruppen von Betriebsbereichen, die sich jeweils durch Domino-Effekte nach § 15 der 12. BImSchV beeinflussen können

Anhang 3: Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche, in denen besondere umgebungsbedingte Gefahrenquellen die Wahrscheinlichkeit eines Störfalles erhöhen oder die Folge eines solchen Störfalles verschlimmern können

Anhang 4: Datenerhebungs- und Berichtsformular für die Durchführung der Vor-Ort-Besichtigung gemäß § 16 der 12. BImSchV

1. Einleitung

Mit der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. 7. 2012 zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates — im Folgenden: Seveso-III-Richtlinie — (ABl. EU Nr. L 197 S. 1) wird die Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. 12. 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (ABl. EG 1997 Nr. L 10 S. 13), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. 10. 2008 (ABl. EU Nr. L 311 S. 1), überarbeitet und aufgehoben. Die Richtlinie 96/82/EG hat durch ihre Bestimmungen zur Verhütung schwerer Unfälle, die durch bestimmte Industrietätigkeiten verursacht werden könnten, sowie zur Begrenzung der Unfallfolgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt bereits maßgeblich dazu beigetragen, dass das Schutzniveau in der gesamten EU angehoben wurde. Das bestehende hohe Schutzniveau muss jedoch weiter verbessert werden.

Um die wirksame Umsetzung und Durchsetzung den Anforderungen der Seveso-III-Richtlinie zu gewährleisten, soll ein Inspektionssystem eingerichtet werden, einschließlich eines Plans für routinemäßige Inspektionen in regelmäßigen Abstän-

den und nicht-routinemäßige Inspektionen. Soweit möglich sollen die Inspektionen ggf. mit denen im Rahmen anderer Rechtsvorschriften der EU, darunter auch der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. 11. 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) — im Folgenden: Industrieemissionsrichtlinie — (ABl. EU Nr. L 334 S. 17; 2012 Nr. L 158 S. 25), koordiniert werden.

Die Umsetzung dieser Forderung nach einem Plan für Inspektionen in bundesdeutsches Recht findet sich in § 17 der 12. BImSchV i. d. F. vom 8. 6. 2005 (BGBl. I S. 1598), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 9. 1. 2017 (BGBl. I S. 47).

2. Rechtliche Regelungen

Inspektions- und Überwachungspläne sollen gemäß Artikel 20 Abs. 3 der Seveso-III-Richtlinie und § 17 der 12. BImSchV Folgendes enthalten:

- 2.1 den räumlichen Geltungsbereich des Plans,
- 2.2 eine allgemeine Beurteilung der Anlagensicherheit im Geltungsbereich des Plans,
- 2.3 ein Verzeichnis der in den Geltungsbereich des Plans fallenden Betriebsbereiche,
- 2.4 ein Verzeichnis der Gruppen von Betriebsbereichen nach § 15 der 12. BImSchV,
- 2.5 ein Verzeichnis der Betriebsbereiche, in denen sich durch besondere umgebungsbedingte Gefahrenquellen die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Störfalles erhöhen oder die Auswirkungen eines solchen Störfalles verschlimmern können,
- 2.6 die Verfahren für die Aufstellung von Programmen für die regelmäßige Überwachung,
- 2.7 die Verfahren für die Überwachung aus besonderem Anlass,
- 2.8 Bestimmungen für die Zusammenarbeit zwischen Überwachungsbehörden.

3. Überwachung von Betriebsbereichen

3.1 Geltungsbereich

3.1.1 Räumlicher Geltungsbereich

Dieser Überwachungsplan gilt für Niedersachsen.

3.1.2 Inhaltlicher Geltungsbereich

Die Überwachung von Betriebsbereichen umfasst eine planmäßige und systematische Prüfung der technischen, organisatorischen und managementspezifischen Systeme des Betriebsbereichs. Die für die Überwachung zuständige Behörde hat sich insbesondere zu vergewissern,

- a) dass die Betreiberin oder der Betreiber nachweisen kann, dass sie oder er im Zusammenhang mit den verschiedenen betriebsspezifischen Tätigkeiten die zur Verhinderung von Störfällen erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat,
- b) dass die Betreiberin oder der Betreiber nachweisen kann, dass sie oder er angemessene Mittel zur Begrenzung von Störfallauswirkungen innerhalb und außerhalb des Betriebsbereichs vorgesehen hat,
- c) dass die im Sicherheitsbericht oder in anderen vorgelegten Berichten enthaltenen Angaben und Informationen die Gegebenheiten in dem Betriebsbereich zutreffend wiedergeben,
- d) dass die Informationen nach § 8 a Abs. 1 und § 11 Abs. 1 der 12. BImSchV der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind und dass die Information nach § 11 Abs. 3 der 12. BImSchV erfolgt ist.

Zur Überwachung gehören alle Maßnahmen, die von der zuständigen Behörde oder in ihrem Namen durchgeführt werden um die Einhaltung der Bestimmungen der 12. BImSchV durch die Betriebsbereiche zu überprüfen oder zu fördern, einschließlich der Vor-Ort-Besichtigungen, der Überprüfungen von internen Maßnahmen, Systemen, Berichten und Folgedokumenten sowie alle notwendigen Folgemaßnahmen.

Der vorliegende Überwachungsplan wird jährlich überprüft und, soweit erforderlich, aktualisiert.

Sämtliche in den Geltungsbereich dieses Überwachungsplans fallenden Betriebsbereiche in Niedersachsen sind dem Anhang 1 zu entnehmen. Die Gruppen von Betriebsbereichen, die sich jeweils durch Domino-Effekte nach § 15 der 12. BImSchV beeinflussen können, sind in Anhang 2 gelistet. Anhang 3 enthält das Verzeichnis der Betriebsberei-

che, in denen besondere umgebungsbedingte Gefahrenquellen die Wahrscheinlichkeit eines Störfalles erhöhen oder die Folge eines solchen Störfalles verschlimmern können. Gelistet sind in Anhang 3 Betriebsbereiche mit folgenden umgebungsbedingten Gefahrenquellen:

- Lage in durch vom NLWKN nach § 76 WHG festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten,
- Lage in Gebieten der Schneelastzone 3 nach der vom MS im Nds. MBl. veröffentlichten Liste der Technischen Baubestimmungen,
- Lage in Gebieten der Windzone 4 nach der vom MS im Nds. MBl. veröffentlichten Liste der Technischen Baubestimmungen,
- Subrosionsgefährdung (Erdfallgefährdungskategorie 3 oder höher), festgestellt durch Einzelfallprüfung des LBEG.

Das Verzeichnis der Betriebsbereiche sowie der Gruppen von Betriebsbereichen in den Anhängen 1 bis 3 entsprechen dem aktuell vorliegenden ausgewiesenen Datenbestand. Diese Verzeichnisse der Betriebsbereiche sowie der Gruppen von Betriebsbereichen der Anhänge 1 bis 3 sind durch die zuständigen immissionsschutzrechtlichen Überwachungsbehörden bei gegebenem Anlass zu aktualisieren und die Fristen für die regelmäßigen Vor-Ort-Besichtigungen nach Nummer 3.3 für bisher nicht erfasste Betriebsbereiche auf der Basis der vorgegebenen Kriterien festzulegen. Das für die Fortschreibung des Überwachungsplans zuständige MU ist einmal jährlich zum Stichtag 30. Juni über alle erfolgten Aktualisierungen zu informieren. Die jeweils aktualisierten Listen (Anhänge 1 bis 3) sind im Internet unter www.umwelt.niedersachsen.de über den Pfad „Themen > Technischer Umweltschutz > Anlagensicherheit“ eingestellt.

3.2 Allgemeine Beurteilung der Anlagensicherheit

In der EU besteht im Hinblick auf die Anlagensicherheit bereits ein hohes Schutzniveau. In Deutschland sind Anforderungen zur Erreichung eines hohen Sicherheitsniveaus in zahlreichen Gesetzen, Verordnungen, technischen Regelwerken und Normen festgelegt.

Zur weiteren Erhöhung des Schutzniveaus, insbesondere zur Verhütung schwerer Unfälle, werden mit der Seveso-III-Richtlinie und der geänderten 12. BImSchV die bestehenden Bestimmungen noch wirksamer und effizienter gestaltet.

Zur Gewährleistung der Umsetzung und Durchsetzung der nach der 12. BImSchV erforderlichen Maßnahmen ist eine systematische regelmäßige Überwachung sowie Überwachung aus besonderem Anlass erforderlich.

3.3 Verfahren für die Aufstellung von Programmen für die regelmäßige Überwachung

Die regelmäßigen Vor-Ort-Besichtigungen sind durchzuführen in einem zeitlichen Abstand von

- nicht mehr als einem Jahr für Betriebsbereiche der oberen Klasse der 12. BImSchV und
- nicht mehr als drei Jahren für Betriebsbereiche der unteren Klasse der 12. BImSchV.

Eine Verlängerung der Zeitintervalle für die Durchführung der Vor-Ort-Besichtigungen ist nicht zulässig.

Eine Verkürzung der Zeitintervalle für die Durchführung der Vor-Ort-Besichtigungen ist erforderlich,

- wenn für einen Betriebsbereich der unteren Klasse nach § 1 Abs. 1 der 12. BImSchV Pflichten nach den §§ 9 bis 12 der 12. BImSchV auferlegt wurden; die regelmäßigen Vor-Ort-Besichtigungen für diesen Betriebsbereich sind in einem zeitlichen Abstand von nicht mehr als einem Jahr durchzuführen,
- wenn die Einzelfallbeurteilung des Betriebsbereichs ergibt, dass auf Grundlage einer systematischen Beurteilung der mit dem Betriebsbereich verbundenen Gefahren von Störfällen eine Verkürzung der Regelfrist für die Durchführung der Vor-Ort-Besichtigung erforderlich ist. Bei der Beurteilung sind mögliche Auswirkungen des betreffenden Betriebsbereichs auf die menschliche Gesundheit und auf die Umwelt, die Einhaltung der Anforderungen der 12. BImSchV und anderer für die Anlagensicherheit wesentlicher Rechtsvorschriften sowie die für die Anlagensicherheit wesentlichen Ergebnisse von Überwachungsmaßnahmen, die im Rahmen von anderen Rechtsvorschriften durchgeführt worden sind, zu berücksichtigen. Für einen Betriebsbereich der unteren Klasse sind die regelmäßigen Vor-Ort-Besichtigungen in diesem Fall in einem zeitlichen Abstand von nicht mehr als zwei Jahren durchzuführen.

Zur regelmäßigen Überwachung gehören neben den Vor-Ort-Besichtigungen auch die Überprüfungen von internen Maßnahmen, Systemen, Berichten und Folgedokumenten sowie alle notwendigen Folgemaßnahmen.

Die in den Geltungsbereich dieses Überwachungsplans fallenden Betriebsbereiche und die Überwachungsfristen für die regelmäßigen Vor-Ort-Besichtigungen sind dem Anhang 1 zu entnehmen.

3.4 Verfahren für die Überwachung aus besonderem Anlass

Unabhängig von der Verpflichtung zur regelmäßigen Überwachung ist baldmöglichst, aber spätestens innerhalb von sechs Monaten, eine Vor-Ort-Besichtigung oder eine sonstige Überwachungsmaßnahme aus besonderem Anlass vorzunehmen

- bei dem Vorliegen schwerwiegender Beschwerden in Bezug auf die Anlagensicherheit eines Betriebsbereichs,
- bei Ereignissen nach Anhang VI Teil 1 der 12. BImSchV,
- bei bedeutenden Verstößen gegen Vorschriften der 12. BImSchV oder anderer für die Anlagensicherheit relevanter Rechtsvorschriften.

4. Umsetzung

4.1 Durchführung der Überwachungsmaßnahmen und Bestimmungen für die Zusammenarbeit zwischen Überwachungsbehörden

Vor-Ort-Besichtigungen von Betriebsbereichen sollen, wenn möglich, mit Überwachungsmaßnahmen im Rahmen anderer Rechtsvorschriften koordiniert und ggf. miteinander verbunden werden.

In Betracht kommt dabei beispielsweise die Koordination und Verbindung mit der Überwachung von nach dem BImSchG genehmigungsbedürftigen Anlagen, insbesondere mit solchen, die den Anforderungen der Industrieemissionsrichtlinie unterliegen. Auf den Überwachungsplan gemäß Artikel 23 der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und § 52 a BImSchG (Bezugserlass) wird verwiesen.

Sinnvoll sind insbesondere Vor-Ort-Besichtigungen von Betriebsbereichen gemeinsam mit den für den Brandschutz zuständigen Behörden.

Werden Überwachungsmaßnahmen von mehreren Behörden gemeinsam durchgeführt, bleibt jede Behörde für die Abstellung der in ihrem Zuständigkeitsbereich festgestellten Mängel verantwortlich.

Bei der Überwachung von Betriebsbereichen ist das Datenerhebungs- und Berichtsformular für die Durchführung der Vor-Ort-Besichtigung gemäß § 16 der 12. BImSchV (Anhang 4) anzuwenden.

Die zuständige Behörde kann eine geeignete Sachverständige oder einen geeigneten Sachverständigen mit Vor-Ort-Besichtigungen oder sonstigen Überwachungsmaßnahmen, der Erstellung des Berichts über die Durchführung der Vor-Ort-Besichtigung und der Überprüfung der Folgemaßnahmen beauftragen. Bestandteil des Auftrags muss es sein, den Bericht über die Durchführung der Vor-Ort-Besichtigung und das Ergebnis der Überprüfung binnen vier Wochen nach Fertigstellung des Berichts oder nach Abschluss der Überprüfung der zuständigen Behörde zu übermitteln. Als Sachverständige sind insbesondere die gemäß § 29 b BImSchG bekannt gegebenen Sachverständigen geeignet.

Die zuständige Behörde beteiligt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv an Maßnahmen und Instrumenten zum Erfahrungsaustausch und zur Wissenskonsolidierung auf dem Gebiet der Überwachung von Betriebsbereichen. Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang auf den jährlichen Behörden-Erfahrungsaustausch bei der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) sowie auch auf die Internetseite der Zentralen Melde- und Auswertestelle für Störfälle und Störungen in verfahrenstechnischen Anlagen (ZEMA) mit Informationen über Ereignisse nach § 19 Abs. 2 der 12. BImSchV.

4.2 Datenerhebung und Dokumentation

Nach jeder Vor-Ort-Besichtigung erstellt die zuständige Behörde einen Bericht mit ihren relevanten Feststellungen und den erforderlichen Folgemaßnahmen nach dem als Anhang 4 beigefügten Formular. Der Bericht ist der Betreiberin oder dem Betreiber innerhalb von vier Monaten nach der Vor-Ort-Besichtigung durch die zuständige Behörde zu übermitteln.

Die zuständige Behörde stellt sicher, dass die Betreiberin oder der Betreiber die erforderlichen Folgemaßnahmen innerhalb eines angemessenen Zeitraumes nach Erhalt des Berichts einleitet. Gegebenenfalls werden die Folgemaßnahmen der

durchgeführten Vor-Ort-Besichtigung binnen angemessener Frist nach der Vor-Ort-Besichtigung von der zuständigen Behörde überprüft.

4.3 Veröffentlichung von Informationen zur Vor-Ort-Besichtigung

Nach § 8 a der 12. BImSchV hat die Betreiberin oder der Betreiber die Verpflichtung, die Öffentlichkeit über das Datum der letzten Vor-Ort-Besichtigung zu informieren (oder darauf zu verweisen, wo diese Information elektronisch zugänglich ist).

Sie oder er hat ferner zu unterrichten, wo ausführlichere Informationen zur Vor-Ort-Besichtigung und zum Überwachungsplan nach § 17 Abs. 1 der 12. BImSchV auf Anfrage eingeholt werden können (unter Berücksichtigung des Artikels 4 der Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des

Rates vom 28. 1. 2003 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und zur Aufhebung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates [ABl. EG Nr. L 41 S. 26]).

Diese Angaben sind ständig zugänglich zu machen, auch im Internet.

Mit Zustimmung der zuständigen Behörde darf aus Gründen des Schutzes öffentlicher oder privater Belange nach den Bestimmungen des Bundes und der Länder über den Zugang zu Umweltinformationen gemäß den §§ 8 und 9 UIG i. d. F. vom 27. 10. 2014 (BGBl. I S. 1643) und § 3 NUIG vom 7. 12. 2006 (Nds. GVBl. S. 580; 2016 S. 76) von der Veröffentlichung von Informationen gemäß § 8 a Abs. 1 der 12. BImSchV abgesehen werden.

Anhang 1

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
– Datenstand: 6/2016 –			
Name des Unternehmens	uK ¹⁾ /oK ²⁾	Frist zur Überwachung	Behörde
Biogasanlage Grasleben	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Biogasanlage Wesendorf	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Biogasanlage Hillerse	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Biogasanlage Plastau	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Biogasanlage Seershausen	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Messer Produktions GmbH Salzgitter	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Biogasanlage Eickenrode	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Biogasanlage Mehrum	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Biogasanlage Altena	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Biogasanlage Büstedt	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Biogasanlage Broistedt	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Biogasanlage Warle	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Biogasanlage Peine	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Braunschweiger Netz GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Biogasanlage Glentorf	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Biogasanlage Neudorf-Platendorf	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Otto Rautenschlein Landhandel GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Chemetall GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
TanQuid	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Kraftwerk Mehrum GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
AGRAVIS Raiffeisen AG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Braunschweiger Versorgungs AG & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Grillo-Werke AG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Boie GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
PPM Pure Metals GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Salzgitter Gas GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
TRANSGAS	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Braunschweiger Versorgungs AG & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Coatinc Peine	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
IMPERIAL Chemical Logistics GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Kömmerling Chemische Fabrik GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Günther Metall GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Biogasanlage Fahrenheithorst	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Salzgitter Flachstahl GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
IMPERIAL Chemical Logistics GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Volkswagen AG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
surfactor Germany GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Zollern BHW	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
– Datenstand: 6/2016 –			
Name des Unternehmens	uK ¹⁾ /oK ²⁾	Frist zur Überwachung	Behörde
Linde AG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Galvanotechnik Kessel GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
F. S. Fehrer Automotive GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
MSW-Chemie GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Grillo Zinkoxid GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
H. C. Starck GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Norzinco GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Heubach Pigment Manufacturing	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Rockwood Lithium GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Synthomer Deutschland GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
WANO Schwarzpulver GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
IMPERIAL	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Volkswagen AG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
Continental Teves AG & Co. OHG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Braunschweig
H. Butting GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Braunschweig
Markgraf GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Bioenergie Hohnhorst GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Anke & Onno Bremer GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Bühmann, Trumann & Hahnkemeyer GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
BiGa Biogas KG Joachim Köhler	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
DYNASAFE Sales & Operations	oK	≤ 1 Jahr	GAA Celle
HKB Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Henning Schütze	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Bioenergie Knoop GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Wilhelm Meyer	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Biogas Lachendorf GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Aller-Energie GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Wüsthof Biogas GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Transgas Flüssiggas Transport	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Dow Deutschland Anlagengesellschaft	oK	≤ 1 Jahr	GAA Celle
GEKA mbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Celle
Hansa-Express Logistics GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Celle
Hansa-Express Logistics GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Celle
Spreewerke Lübben	oK	≤ 1 Jahr	GAA Celle
Hansa-Express Logistics GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Celle
BENAS Biogasanlage	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Hans-Heinrich Knoop	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Wenaro-Strom GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Meyer-Eggers Biogas GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
RTB Strom GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
AC Biogasanlage Soltau GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Kesselhut Berkhan GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
RaSant GbR Henning Santelmann	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Heinz-Hermann Hemme KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Bioenergie Hacke GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Hermann Meine	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Airbus DS GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Celle
MEINE Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle
Rheinmetall Waffe Munition GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Celle
Brockmann Mineralölhandel GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Celle

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
— Datenstand: 6/2016 —			
Name des Unternehmens	uK ¹⁾ /oK ²⁾	Frist zur Überwachung	Behörde
Schröder Gas GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Celle
STEAG Cordes Bioenergie GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
NAWARO Biogas	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Energie-Service-Elmlohe	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Schröder Biogas GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
W. B. E.	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Burfeindt-Tomforde Energieerzeugungs GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Aspe-Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Bioenergie Scheeßel GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Buss Terminal Stade GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Cuxhaven
Becken Agrar GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Energieservice Debstedt	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Biogas Deinste GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
HHB Agrarenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Alpers Agrarenergie GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Biogas Ahe GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Landenergie SPF GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Bioenergie Schwinge GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Trinseo Deutschland	oK	≤ 1 Jahr	GAA Cuxhaven
Bioenergie Geest GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Bioenergie Horneburg GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Bio Energie Belum GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Dünenfähr Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Rutensteiner Bioenergie	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Biomethan Sittensen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Stader Saatzucht	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Transgas Flüssiggas Transporte	oK	≤ 1 Jahr	GAA Cuxhaven
Dow Deutschland Anlagenges. mbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Cuxhaven
Wilhelm Hoyer GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Cuxhaven
Rotenburger Rohstoff und Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
MPO Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Air Liquide/DOW-CO-Anlage	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Bothmer Pyrotechnik GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
BRAHA-Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Biogas Glinstedt GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Deinstedter Biostrom GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Naturstrom Burfeind GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
AGRAVIS Raiffeisen AG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Cuxhaven
Pape Logistics GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Cuxhaven
Synthopol Chemie	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Cheminova Deutschland GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Cuxhaven
Aluminium Oxid Stade GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Cuxhaven
NAWARO Biogas	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Air Liquide Industriegase GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Gerken-Gerken GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Cuxhaven
Blue Cube	oK	≤ 1 Jahr	GAA Cuxhaven
agri.capital Biomethan Zwei GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Emden
AGRAVIS Raiffeisen AG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Emden
Andreas Mammen GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Emden
NAVIS Naturkraft GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Emden

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
— Datenstand: 6/2016 —			
Name des Unternehmens	uK ¹⁾ /oK ²⁾	Frist zur Überwachung	Behörde
Bioenergie Witte Moor GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Emden
Biogas Wilhelminenhof	uK	≤ 3 Jahre	GAA Emden
DSM Kunstharze GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Emden
Composite Material Supply GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Emden
Weert Ihnen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Emden
HBA Energy GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Emden
EWE Erneuerbare Energien GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Emden
Statkraft Markets GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Emden
GASSCO AS	oK	≤ 1 Jahr	GAA Emden
Röchling Engineering Plastics	uK	≤ 3 Jahre	GAA Emden
Biogasanlage Groß Ellershausen GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
Biogas Duderstadt GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
E.ON Bioerdgas Einbeck GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
Hardeggen C 4 Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
Biogas Göttingen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
Bioenergie Wollbrandshausen-Krebeck eG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
Bioenergie Gieboldehausen	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
Plesse Milch GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
Landenergie Bartolfelde	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
Duderstädter BIO-Energieanlage	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
AGRAVIS Raiffeisen AG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Göttingen
Lapur GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
TRANSGAS Flüssiggas	oK	≤ 1 Jahr	GAA Göttingen
Novelis Deutschland GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
Lutze Kunststofftechnik	oK	≤ 1 Jahr	GAA Göttingen
Otto Bock Kunststoff GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Göttingen
Exide Technologies Operations GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
Pleissner Guss GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
Westfalen AG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Göttingen
IMPERIAL Chemical Logistics GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Göttingen
Lübbert & Wiese Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Thomas Meyer zu Hartlage	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Bioenergie Kleiner Deister GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Bioenergie Hoya GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Biogas Steyerberg GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Bioenergie Stolzenau GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
BKK Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Bioenergie Schwarme GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
H.A.N.S. Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Biogas Kolenfeld GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Green Energy GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Elzer Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Eggers KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
DGB Energieanlage GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Bioenergie Liebenau GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Bioenergie Springe GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Mükro Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Bioenergie Holte GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Fuhrberger Bio-Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
— Datenstand: 6/2016 —			
Name des Unternehmens	uK ¹⁾ /oK ²⁾	Frist zur Überwachung	Behörde
Biogasanlage Kaltenweide	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Kleinburgwedeler NaturEnergie	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
BiRo GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Georg Ebeling Spedition GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Sigma-Aldrich Laborchemikalien GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
Oiltanking	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
GKH — Gemeinschaftskraftwerk	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Petrotank	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
Flexsys Verkauf GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
Best Oil GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
AGRAVIS Raiffeisen AG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
BASF Catalysts Germany GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
BTR Logistik GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Pelox BioChemie- & Umwelttechnik	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Henkel AG & Co. KGaA	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Biogas Schneeren GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
BSL Betriebsmittel Service Logistik	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
BASF Polyurethanes GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Oxxynova GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
Petrotank	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
PROGAS GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
Linde AG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Honeywell Specialty Chemicals	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
TanQuid GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Kraul & Wilkening u. Stelling	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
CG Chemikalien GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
VSM Vereinigte Schmirgel- und Maschinen-Fabriken	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
HÜTTENES-ALBERTUS	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
Columbian Carbon Deutschland GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
Wilhelm Bauer GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Petrotank	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Chemische Fabrik Wülfel	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Continental Reifen Deutschland GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hannover
MTU Maintenance Hannover GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hannover
Biogas Deister GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Bioenergie Hotteln GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Naturgas Nordstemmen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Biogas Hessisch Oldendorf	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Agro Energie GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Bioenergie Söhlde GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
A. H. Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Bioenergie Süntel GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Tesium GmbH Werk Weser	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
RePro Beber GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Symotion GmbH Werk Weser	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hildesheim
Symotion GmbH Bevern	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hildesheim
Bioenergie Sibbesse GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Symotion GmbH Werk Solling	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hildesheim
Bioenergie Bunte GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
— Datenstand: 6/2016 —			
Name des Unternehmens	uK ¹ /oK ²)	Frist zur Überwachung	Behörde
Biomethan Deister-Süntel	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Bioenergie Leinetal GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Bioenergie Giesen GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Bockenemer Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Bioenergie Ambergau GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Cord Lattwesen Biogas	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Biogas Eschershausen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Bioenergie Flegessen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
ST-Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
EWS Energie & Wärme	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Ith Gas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Bioenergie Wöllersheim	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Landhandel Weiterer GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Gustav Morsch GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Kirchhorster Biogas GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Knauf Gips KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Symrise AG Werk Weser	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hildesheim
Symrise AG Werk Solling	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hildesheim
Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Sappi Alfeld GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hildesheim
Petrofer Chemie	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hildesheim
Erich Wurzel GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Hildesheim
Strötzel Oberflächentechnik GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Petrotank	uK	≤ 3 Jahre	GAA Hildesheim
Agrar-Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Bioenergiepark Dahlenburg	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
agri.capital Biogas Zwei GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Bioenergie Heidenau West	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Heinrich Beneke	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
agrinova GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Heidkoppel GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
August Fallapp	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Bioenergie-Halvesbostel	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Biogas Teplingen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
bigaro GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Bioenergiepark Dahlenburg	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Isernhagen & Oertzen	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Becker Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Vink Chemicals GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
APB Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Bio-Energie Gavendorf GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Naturenergie Hitzacker	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
VoMü Gas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Bioenergie Gellersen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Gohde Gas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Propan-Gesellschaft mbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Lüneburg
Lagerhaus Garstedt GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Lüneburg
TRANSGAS Flüssiggas	oK	≤ 1 Jahr	GAA Lüneburg
Air Liquide Deutschland GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
agri.capital Biogas Zwei GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
— Datenstand: 6/2016 —			
Name des Unternehmens	uK ¹⁾ /oK ²⁾	Frist zur Überwachung	Behörde
Agrarenergie Kaarßen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Vereinigte Saatzuchten	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Hinrichs & Schütte GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Hyfing Mast GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Bio-Energie Eimke GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Heidekraft Biogas GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Bioenergie Stoetze GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Bruno Bock	oK	≤ 1 Jahr	GAA Lüneburg
Air Products GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Vereinigte Saatzuchten	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
AGRAVIS Raiffeisen AG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Lüneburg
Hermann Otte Landhandel GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
SKF GmbH Werk Lüchow	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Vereinigte Saatzuchten	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Nordzucker AG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Rhenus SE & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Lüneburg
Bahlmann Naturstrom GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Urban Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Erste Biogas Ocholt GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Heinfelder Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
B & P Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Bioenergie Eiskamp GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Biogas Mühlendamm I GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Janssen Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
EUROGATE	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
Naturstrom Varenesch GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
BioCor GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Naturgas Grebwarden GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
BGA Seeverns	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
MIAVIT-Lagerhausgesellschaft	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
H. Bröring GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Weser-Metall GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
Weser-Petrol	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
Westfalen AG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
AGRAVIS Raiffeisen AG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
Dipl.-Ing. Heinz Künnen	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
BÜFA Composite Systems GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Covestro Oldenburg GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Essing Feuerwerk-Logistik GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
BÜFA Chemikalien GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Plate Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
GF-BIO-ENERGIE Hasetal GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Heinfelder Naturstrom GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Rhenus Midgard GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Graue Entsorgungs- und Bunkergesellschaft mbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
BASF Coatings GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
Nordenhamer Zinkhütte GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
WTL GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
KRONOS TITAN GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Remmers	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
— Datenstand: 6/2016 —			
Name des Unternehmens	uK ¹ /oK ²)	Frist zur Überwachung	Behörde
REAGENS Deutschland GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
Nord-West Oelleitung GmbH — NWO	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
HES Wilhelmshaven GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
Uniper Kraftwerke GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
VYNOVA Wilhelmshaven GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Oldenburg
Air Products GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Oldenburg
Raiffeisenbioenergie Lohne GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Günther Claas	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
HAGEDORN-NC GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Bollmer Umwelt GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
G + F Bioenergie	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
VTB Logistik GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
B. R. Logic Center GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Essing Feuerwerk-Logistik GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
XERVON Instandhaltung GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Energiegewinnung Nawaros	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Biogas Talge GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
AgrarEnergie Linne GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Bernd Hüsemann	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Kamphaus Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Reinink Biogas GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Agrarenergie Krukum GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Biogas Dirkes GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Bio-Energie-Kortenberken	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Bioenergie Essenerberg UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Fibbe Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Naturstrom Clusorth GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Reinhold Overberg GbR	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Heinrich Koch GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Lothar Koch	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
EMSA Logistik KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Soermann Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
REGEB Energieerzeugung + Verteilung GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
HeBe Averages Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Naturenergie MZF GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
VR Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Kernkraftwerke Lippe-Ems GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück
Petrotank	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
GDF SUEZ	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück
TRANSGAS Flüssiggas Transport	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück
REMONDIS Industrie Service GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück
Westfalen AG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück
ÖTAG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
H&R Chemisch-Pharmazeutische Spezialitäten GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück
Essing Sprengtechnik GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Even Biogas GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Egon u. Sabrina Bolte	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
BioEnergie Ankum GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Gase Center Kubitzki	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Brinker Lager & Logistik	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
— Datenstand: 6/2016 —			
Name des Unternehmens	uK ¹ /oK ²)	Frist zur Überwachung	Behörde
Huning Umwelttechnik GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
BP Europa SE	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück
Dralon GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück
Baerlocher GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück
Advanced Nuclear Fuels GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück
Emsland-Stärke GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
EWABO Chemikalien GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Lehnkering GmbH	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück
Kesseböhmer	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück
REMONDIS Industrie Service GmbH	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
KME Germany GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	GAA Osnabrück
Bioenergie Echteler GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
OFH Wetter GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Agrarenergie Holterdorf	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Restruper HS Biogasanlage	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
AgrarEnergie Dratum GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	GAA Osnabrück
Untergroundspeicher Ohrensen — Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Kavernenanlage Etzel — IVG Caverns GmbH	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Erdgasspeicheranlage Lehrte — 5P Energy GmbH	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Erdgasspeicher Kalle — RWE Gasspeicher GmbH	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Erdgasspeicher Harsefeld — Storengy Deutschland GmbH	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Erdgasspeicher Nüttermoor — EWE Gasspeicher GmbH	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Erdgasspeicher Krummhörn — E.ON Gas Storage	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Erdgasspeicheranlage Empelde — Gasspeicher Hannover GmbH	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Erdgasaufbereitungsanlage Großenkneten — ExxonMobil Production Deutschland GmbH	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Erdgasspeicher Rehden — Astora GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Schwefelsolvent-Anlage Voigtei — ExxonMobil Deutschland GmbH	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Erdgasspeicher Huntorf — EWE Gasspeicher GmbH	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Erdgasspeicher Jemgum — Astora GmbH & Co. KG	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Untergroundspeicher Uelsen — Storengy Deutschland GmbH	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Erdgasspeicher Jemgum — EWE Gasspeicher GmbH	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Erdgasspeicher Etzel — E.ON Gas Storage	oK	≤ 1 Jahr	LBEG
Agrar-Energie Allhusen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
b.en Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
BENN GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Bioenergie Fenker KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Bioenergie Harries UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Bioenergie Kirchdorf GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Bio-Energie Marhorst GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Bioenergie Wetschen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Biogas Borgstedt I GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Biogas Detering GmbH	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Biogas Hallstedt GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Biogas Klein Lessen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Biogas Wetscher Bruch GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Biogas Wiechering-Sudmann GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
— Datenstand: 6/2016 —			
Name des Unternehmens	uK ¹⁾ /oK ²⁾	Frist zur Überwachung	Behörde
Biogas Wietinghausen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
BN-Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
BOS Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Brokering Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
C. Thiermann Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
D. & H. Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Dieter Rempe	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Fangmeier Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
FH Naturgas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
G & G Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
G. Thiermann Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
H. B. GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
H. B. Regenerative Energien GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
H. Thiermann Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Hejus Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Hoyer Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Jacob-Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Jahn und Scharrelmann Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
K u. F Green Power GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
K und L Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Kammacher Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Klare Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Lüschow GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Meyer und Abeling Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
MH Agro-Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
NaturGas Lindern GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Naturstrom Hollwedel GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
ProZea GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Rabe Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Regenerativ GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Rohlfs Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Schweers Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
STOBIO GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Thiermann GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Tüske-Hof GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
U. H. C. Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Udo Nordloh-Dreyer	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Voller GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Wilfried Nackenhorst	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Diepholz
Borsteler Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Cord Wegener	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Oestmann & Co. Biogas GmbH	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Erneuerbare Energien Röhrs GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
NGP — NaturGas Penzhorn	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Agrar Energie Vethkampen	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Biogasanlage Heidkamp	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
RiGas GmbH	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Bioenergie Harmelingen	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Agrar Energie Obernhäusen	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Bockeler Biogas UG (haftungsbeschränkt)	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
— Datenstand: 6/2016 —			
Name des Unternehmens	uK ¹⁾ /oK ²⁾	Frist zur Überwachung	Behörde
Eilstorfer Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Irmtraud & Friedhelm Brockmann GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
E. R. D. Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
M. K. O. GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Lohse Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
CB energy GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Silke und Dirk Willenbockel	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Biogas Tewel GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Bioenergie Zahrensen UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
E. R. D Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Burkhard Meyer	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Aue-Energie GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Lindwedels Bioenergie Verwaltungs GmbH	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Idsinger Biogas GmbH	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Naturstrom Wintermoor	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Naturgas Bierde GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
LGM Bioenergie KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Biogas Rüpke GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Hans-Jürgen Dammann	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Biogas GmbH Krelingen	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
BeGe Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Rüdiger Göbbert KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Agro Energie Bierde GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Eitzer Energie UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
Biogas Osterwede GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Heidekreis
AJP Naturenergie KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
B. u. M. Föcke Bioenergie GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
BE Bioenergie Groß-Hesepe GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
BE Bioenergie Rühlertwist	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Beeke Wiesen Agrar GmbH	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
BeelEnergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
BEH Bioenergie Hunfeld GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Benten Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
BERD GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
BERDZWO Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
BF Ströhner Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
BFW Naturgas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Bio Energie Brual GmbH & Co. KG (Mödden)	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Bioenergie Dagger GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Bioenergie Dosenmoor GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Bioenergie HeiMO GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Bioenergie Hövels GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Bioenergie Wilken-Keeve GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Biogas Büter & Heymann GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Biogas Trentmann GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Biomethan Terhorst GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Blodkamp, Gerhard	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
BS Bioenergie GmbH & Co. KG (Böhmker)	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
BV Bioenergie Versen GmbH & Co. KG (B. Krallmann)	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
D + S Biogas GmbH & Co. KG (Düsing)	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
– Datenstand: 6/2016 –			
Name des Unternehmens	uK ¹⁾ /oK ²⁾	Frist zur Überwachung	Behörde
DAA Dörtelort GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Duisen Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Engelken Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Fehrmann, Rita	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
FSB Biogas GmbH & Co. KG (Schlangen)	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
G & K Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Garmann Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Geers & Kock GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Geiger Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Green Energy Bauernsand Verwaltungs GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Green Power Project GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Grote Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Harren Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Heye Energie KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Holger Focke GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
HSE-Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
K & K Korten Biogas GmbH & Co. KG (H. Korten)	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
K & T Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
KF Biogas GmbH & Co. KG (Jürgen Niers)	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Kirschner, Heinz	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Koop Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Korte, Thomas	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Kronlage Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Lügermann Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Lüpken Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Meyer, Hermann	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Mühlenhof GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
MW Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
NL Bioenergie Plankorth GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Otten, Ralf	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
RaWa Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Reiners Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Rolfes Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Sanders Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Schlarmann Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Schomakers Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Schulte-Lohmöller GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Schütte Energizing GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
SK Biogas Produktionsgesellschafts mbH & Co. KG (Schulte-Kerssens)	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
T & S Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Tappel Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Teibacks Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
W + S Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
WBM Energie Südfeld GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
We Gro Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Wester, Heinrich	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
WS Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Emsland
Duxener Naturstrom GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Naturgas Wietzen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
— Datenstand: 6/2016 —			
Name des Unternehmens	uK ¹ /oK ²)	Frist zur Überwachung	Behörde
Biogas Uchte I GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Bio-Energie Derboven GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Biogas-Park Nordel GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Bioenergie Rodewald GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Bioenergie Landesbergen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Riede Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Biogas Deblinghausen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Steimbker Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
LH-Geest-Gas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Biogas Müsleringen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Weser Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Freytag GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Biogas Nordel GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Block Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Nienburg
Bioenergie Kreiensen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Northeim
Biogasanlage Auetal GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Northeim
Christian Henne	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Northeim
Schwarzer Kamp Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Biogas Heilemann-Holsten GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Hermann Dodenhoff	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Agrarenergie Waffensen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vajen Energieservice GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Neuland-Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Agritrade Lüdemann GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Bioenergie Süderwalsede GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Johann-Hinrich Meyer	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
B & B Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Brunkhorst Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Heins Bioenergie Rockstedt GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Hans-Detlef Voß	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
OsteGas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Alfstedter Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
JMS Biogas GmbH	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Ebersdorfer Bio-Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Drewes & Ringen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Hanrader Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Bioenergie Ahrens GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Bioenergie Hesedorf Verwaltungs UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Landenergie Heeslingen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Albers Biogas GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Hans-Georg Müller	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Hops UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
BM Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Wülpern OHG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Pape und Brandt Bioenergie GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Tietenhof-Bioenergie-Westeresch GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
A1 Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Karl Könecke	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
SW-Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
– Datenstand: 6/2016 –			
Name des Unternehmens	uK ¹⁾ /oK ²⁾	Frist zur Überwachung	Behörde
Harm Drewes	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Augustin-Ropers Bioenergie-Bevern UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Ursula Lamping GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
BioScha GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
SWD Bioenergie GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
Heßler Naturstrom GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
A & M Fredeweß GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
H & M Elberfeld GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
FreWa GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
bga Desum GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
Ludlage Biogas GmbH	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
Heinrich und Brigitte Fennen GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
GB Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
Vorwerk Biogas KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
Bernhard Schrand	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
Bernhard Heymann	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
Heiner und Maria Esters GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
Jürgen Bahlmann	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
Thoben Biogas GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
Jan & Kerstin Kampen GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
Bioenergie Gerwin Produktions GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Cloppenburg
A & C Naturenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Ahlers Bioenergie	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Bakenhus, Heinz	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Becker, Wilfried	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
BEVBA GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Bioenergie Schwantje GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Biogas Strohe GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Bühren GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Eilers Energie	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Frerichs, Heiko	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Grüngas Osterloh UG (haftungsbeschränkt)	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Hellbusch Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Hoffrogge Energiegewinnungs GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Iben Witte KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
MEM Biogasenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
MLO Bioenergie	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Mühlenbacher Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Neerstedter Bioenergie	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
NEM GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
NWN Neerstedt	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Rönnau GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Schlesier & Schwarting	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Spascher Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Stolle, Jan-Bernd	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Stuhr, Gerold	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
WBA Abel GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Wiemerslande GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Wieting, Henning	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche (mit Fristen für die Vor-Ort-Besichtigung)			
— Datenstand: 6/2016 —			
Name des Unternehmens	uK ¹⁾ /oK ²⁾	Frist zur Überwachung	Behörde
Wilke, Herbert	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Oldenburg
Meyer-Hullmann GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Ammerland
BGK GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Ammerland
Biogas Borgmann GbR Ralf und Frank	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Ammerland
Bioenergie Edeweicht GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Ammerland
Biokraftwerk Hollje GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Ammerland
Biogas Mansie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Ammerland
Linsweger Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Ammerland
Am Gas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Lüneburg
Agrarvereinigung e. G. Darchau	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Lüneburg
Bioenergie Ellringen GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Lüneburg
Schweinezucht Neuhaus GmbH	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Lüneburg
Landgut Tripkau GbR	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Lüneburg
Heinz-Hermann Hemme	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Celle
J. F. Energie GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Stade
Auegas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Stade
Betriebsgemeinschaft Wohlers GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Stade
Baljerdorfer Biogas GmbH & Co. KG	uK	≤ 3 Jahre	Landkreis Stade

¹⁾ Betriebsbereich der unteren Klasse.

²⁾ Betriebsbereich der oberen Klasse.

Anhang 2

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Gruppen von Betriebsbereichen, die sich jeweils durch Domino-Effekte nach § 15 der 12. BImSchV beeinflussen können				
— Datenstand: 6/2016 —				
Name des Betriebes	B ³⁾	V ⁴⁾	uK ¹⁾ /oK ²⁾	Behörde
Salzgitter Flachstahl GmbH	B	V	oK	GAA Braunschweig
Messer Produktions GmbH Salzgitter	B	V	oK	GAA Braunschweig
Linde AG	B	V	oK	GAA Braunschweig
Rockwood Lithium GmbH	B	V	oK	GAA Braunschweig
Synthomer Deutschland GmbH	B	V	oK	GAA Braunschweig
IMPERIAL	B	V	oK	GAA Braunschweig
Chemetall GmbH	B	V	uK	GAA Braunschweig
Kömmerling Chemische Fabrik GmbH	B	V	oK	GAA Braunschweig
Grillo Werke AG	B	V	oK	GAA Braunschweig
Grillo Zinkoxid GmbH	B	V	oK	GAA Braunschweig
Heins Bioenergie Rockstedt GbR	B	V	uK	Landkreis Rotenburg (Wümme)
BGA Hans-Detlef Voß	B	V	uK	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Drewes & Ringen GmbH & Co. KG	B	V	uK	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Harm Drewes	B	V	uK	Landkreis Rotenburg (Wümme)

¹⁾ Betriebsbereich der unteren Klasse.

²⁾ Betriebsbereich der oberen Klasse.

³⁾ Betroffener.

⁴⁾ Verursacher.

Verzeichnis der in den Geltungsbereich fallenden Betriebsbereiche, in denen besondere umgebungsbedingte Gefahrenquellen die Wahrscheinlichkeit eines Störfalles erhöhen oder die Folge eines solchen Störfalles verschlimmern können		
— Datenstand: 6/2016 —		
Betriebsbereiche in festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten		
Name des Betriebes	uK ¹ /oK ²)	Behörde
Biogasanlage Altena	uK	GAA Braunschweig
LEHNKERING GmbH	uK	GAA Braunschweig
Zollern BHW	uK	GAA Braunschweig
WANO Schwarzpulver GmbH	oK	GAA Braunschweig
Aller-Energie GmbH	uK	GAA Celle
Bioenergie Gieboldehausen	uK	GAA Göttingen
TRANSGAS Flüssiggas	oK	GAA Göttingen
Thomas Meyer zu Hartlage	uK	GAA Hannover
Biogas Hessisch Oldendorf	uK	GAA Hildesheim
Egon u. Sabrina Bolte	uK	GAA Osnabrück
DEUTAG	uK	GAA Osnabrück
Günther Claas	uK	GAA Osnabrück
Kamphaus Biogas GmbH & Co. KG	uK	GAA Osnabrück
Bioenergie Kirchdorf GmbH & Co. KG	uK	Landkreis Diepholz
H. Thiermann Energie GmbH & Co. KG	uK	Landkreis Diepholz
Weser Biogas GmbH & Co. KG	uK	Landkreis Nienburg

Betriebsbereiche in Gebieten der Schneelastzone 3		
Name des Betriebes	uK ¹ /oK ²)	Behörde
Norzinco GmbH	oK	GAA Braunschweig
Exide Technologies Operations GmbH	uK	GAA Göttingen
Landenergie Bartolfelde	uK	GAA Göttingen

Betriebsbereiche in Gebieten der Windzone 4		
Name des Betriebes	uK ¹ /oK ²)	Behörde
Becken Agrar GmbH	uK	GAA Cuxhaven
Dünenfähr Energie GmbH & Co. KG	uK	GAA Cuxhaven
Bio Energie Belum GmbH & Co. KG	uK	GAA Cuxhaven
Rutensteiner Bioenergie	uK	GAA Cuxhaven
Composite Material Suply GmbH	uK	GAA Emden
agri.capital Biomethan Zwei GmbH & Co. KG	uK	GAA Emden
Biogas Wilhelminenhof	uK	GAA Emden
Andreas Mammen GbR	uK	GAA Emden
Gassco AS	oK	GAA Emden
Weert Ihnen GmbH & Co. KG	uK	GAA Emden
AGRAVIS Raiffeisen AG	uK	GAA Emden
Statkraft Markets GmbH	uK	GAA Emden
VYNOVA Wilhelmshaven GmbH	oK	GAA Oldenburg
HES Wilhelmshaven GmbH	oK	GAA Oldenburg
Eurogate	oK	GAA Oldenburg
Uniper Kraftwerke GmbH	oK	GAA Oldenburg
Nord-West-Ölleitung GmbH — NWO —	oK	GAA Oldenburg
Janssen Biogas GmbH & Co. KG	uK	GAA Oldenburg
Air Products GmbH	uK	GAA Oldenburg
Nordenhamer Zinkhütte GmbH	oK	GAA Oldenburg
Weser-Metall GmbH	oK	GAA Oldenburg
Weser-Petrol	oK	GAA Oldenburg
Kronos Titan GmbH	uK	GAA Oldenburg
Naturgas Gerbswarden GmbH & Co. KG	uK	GAA Oldenburg

Name des Betriebes	uK ¹ /oK ²)	Behörde
Graue Entsorgungs- und Bunkergesellschaft mbH	uK	GAA Oldenburg
Rhenus Midgard GmbH & Co. KG	uK	GAA Oldenburg
Erdgasspeicher Krummhörn — EON Gas Storage	oK	LBEG

Betriebsbereiche mit Subrosionsgefährdung (Erdfallgefährdungskategorie 3 oder höher)		
Name des Betriebes	uK ¹ /oK ²)	Behörde
Markgraf GbR	uK	GAA Celle
Chemetall GmbH	uK	GAA Braunschweig
Synthomer Deutschland GmbH	oK	GAA Braunschweig
AGRAVIS Raiffeisen AG	oK	GAA Cuxhaven
Pape Logistics GmbH & Co. KG	oK	GAA Cuxhaven
Pleissner Guss GmbH	uK	GAA Göttingen
Mükro Bioenergie GmbH & Co. KG	uK	GAA Hannover
BiRo GmbH & Co. KG	uK	GAA Hannover
Henkel AG & Co. KGaA	uK	GAA Hannover
Petrotank	oK	GAA Hannover
Bioenergie Giesen GmbH	uK	GAA Hildesheim
Knauf Gips KG	uK	GAA Hildesheim
Sappi Alfeld GmbH	oK	GAA Hildesheim
AgrarEnergie Dratum GmbH & Co. KG	uK	GAA Osnabrück
Petrotank	uK	GAA Osnabrück
Westfalen AG	oK	GAA Osnabrück
Kesseböhmer	oK	GAA Osnabrück
Erdgasspeicheranlage Empelde — Gasspeicher Hannover GmbH	oK	LBEG
Cord Wegener	uK	Landkreis Heidekreis
Biogasanlage Heidkamp	uK	Landkreis Heidekreis
Lindwedels Bioenergie Verwaltungs GmbH	uK	Landkreis Heidekreis
Rüdiger Göbber KG	uK	Landkreis Heidekreis
Wilke, Herbert	uK	Landkreis Oldenburg

¹) Betriebsbereich der unteren Klasse.

²) Betriebsbereich der oberen Klasse.

Anhang 4

**Datenerhebungs- und Berichtsformular für die Durchführung
der Vor-Ort-Besichtigung gemäß § 16 der 12. BImSchV
(Inspektionsbericht)**

Betriebsbereich

Zuständige Überwachungsbehörde

Betreiberin/Betreiber (Name und Adresse):

Betriebsinterne Bezeichnung des Betriebsbereichs:

Datum der Vor-Ort-Besichtigung:

1. Betriebsdaten, Genehmigungs- und Aktenlage		
1.1 Betriebsdaten		
1.1.1	Firmenname/Anschrift des Betriebsbereichs (BB)/ggf. abweichende Anschrift der Firma:	
1.1.2	Betreiberin/Betreiber (und ggf. davon abweichende verantwortliche Person nach § 7 der 12. BImSchV):	
1.1.3	Betriebsstättennummer: (laut IFAS, soweit genutzt)	
1.1.4	NACE-Code	
1.1.5	eSPIRS-Industrietätigkeit	
1.1.6	Ist der BB Teil einer immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlage? Wenn Ja, Nummer nach Anhang 1 zur 4. BImSchV:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
1.1.7	Bezeichnung des BB:	
1.1.8	Gegliederte Betriebs-/Anlagenstruktur siehe Anhang zum Inspektionsbericht Nummer:	

1.2 Anzeige/Störfallstoffe			
1.2.1	Liegt eine Anzeige nach § 7 der 12. BImSchV vor?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
1.2.2	Oder: Ergeben sich Informationen aus vorliegenden Genehmigungsunterlagen?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
1.2.3	Oder: Liegt eine Anzeige nach § 67 BImSchG vor?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
1.2.4	Oder: Liegt eine Anzeige nach § 23 a BImSchG vor?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
1.2.5	Ist das Verzeichnis der im BB tatsächlich vorhandenen gefährlichen Stoffe aktuell? Wenn Ja, Fundstelle benennen und Stoffverzeichnis dem Inspektionsbericht beifügen oder unter Nummer 1.2.7 auflisten. Wenn Nein, Stoffverzeichnis unter Nummer 1.2.7 auflisten.	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
1.2.6	Oder: Störfallrelevante Stoffe oder Nummer nach Stoffliste des Anhangs I zur 12. BImSchV und jeweilige Menge	Stoffname oder Nummer nach Stoffliste des Anhangs I zur 12. BImSchV	jeweilige Menge (kg)
B ¹⁾ 1.2.7	Einstufung des BB	BB der unteren Klasse BB der oberen Klasse/ Pflichten obere Klasse angeordnet	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja
B 1.2.8	BB seit letzte Änderung der Pflichtenzuordnung am		
1.2.9	Die maßgebliche(n) Gefahr(en) im BB ist (sind):	Brand Explosion Stofffreisetzung Sonstiges:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja
1.3 Domino-Effekt			
A ²⁾ 1.3.1	Domino-Effekt nach § 15 der 12. BImSchV Datum der Feststellung:	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
A 1.3.2	BB ist	Donator Akzeptor	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja
A 1.3.3	Beteiligte(r) BB ist/sind:		
1.4 Lage und Umgebung des BB			
1.4.1	Um welche Gebietsausweisung handelt es sich?	Industriegebiet GI Industriegebiet GI _E Gewerbegebiet GE Mischgebiet MI Sondergebiet SO Sonstiges Privilegiertes Vorhaben im Außenbereich Es liegt kein B-Plan vor	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja
B 1.4.2	Ist dieser BB der für die Bauleitplanung zuständigen Behörde bekannt? Anmerkung: Falls diese Information dort nicht vorliegt, sollte vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung die für den Bebauungsplan zuständige Planungsbehörde vom GAA in Kenntnis gesetzt werden.	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
1.4.3	Liegen Daten zum angemessenen Sicherheitsabstand nach § 3 Abs. 5 c BImSchG zu schutzwürdiger Nutzung in der Nachbarschaft vor? Anmerkung: Als schutzbedürftige Nutzung gelten: — ein oder mehrere Gebäude, wenn dadurch dem Wohnen dienende Nutzungseinheiten mit einer Größe von insgesamt mehr als 5 000 m ² Grundfläche geschaffen werden, — eine oder mehrere bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, wenn dadurch die gleichzeitige Nutzung durch mehr als 100 zusätzliche Besucherinnen und Besucher ermöglicht wird, — Sonderbauten wie Krankenhäuser, best. Pflegeheime, Gemeinschaftsunterkünfte, Wohnheime, Tagesstätten/-einrichtungen für Menschen mit Behinderung, alte Menschen sowie für Kinder, Schulen, Hochschulen und ähnliche Einrichtungen, Camping- und Wochenendplätze, Freizeit- und Vergnügungsparks, — wichtige Verkehrswege, — unter Naturschutzgesichtspunkten besonders wertvolle oder empfindliche Gebiete. Wenn Ja, Fundstelle und Ergebnis:	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

1) B = EU-Berichtspflicht.

2) A = Behördenpflichten.

1.4.4	Befindet sich schutzbedürftige Nutzung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes nach § 3 Abs. 5 c BImSchG? Wenn Ja, welche und wo:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
1.4.5	Liegen offensichtliche Nutzungsänderungen/Neubauten im Umfeld seit der letzten Inspektion vor? Wenn Ja, Nutzungsänderungen/Neubauten benennen:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
A 1.4.6	Gehört der BB zu den BB, in denen besondere umgebungsbedingte Gefahrenquellen die Wahrscheinlichkeit eines Störfalles erhöhen oder die Folgen eines solchen Störfalles verschlimmern können?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Wenn Ja, Gefahrenquelle Schneelastzone 3 <input type="checkbox"/> Ja Windzone 4 <input type="checkbox"/> Ja Überschwemmungsgebiet <input type="checkbox"/> Ja Subrosionsgefahr <input type="checkbox"/> Ja
1.5 Managementsysteme		
1.5.1	Verfügt das Unternehmen über ein zertifiziertes Managementsystem?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Wenn Ja, zertifiziert nach ISO 9001 <input type="checkbox"/> Ja ISO 14001 <input type="checkbox"/> Ja ISO 18001 <input type="checkbox"/> Ja EMAS <input type="checkbox"/> Ja Sonstige:
1.6 Genehmigungssituation		
1.6.1	Liegt der Behörde eine aktuelle Dokumentation des Genehmigungs-/ Erlaubnisstatus vor? Anmerkung: Für den BB muss keine separate Dokumentation vorhanden sein, wenn bereits eine Dokumentation für die BImSchG-Anlage(n) vorliegt. Wenn Ja, Kopie siehe Anhang zum Inspektionsbericht Nummer:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
1.6.2	Liegt der Behörde eine aktuelle Auflistung der zu erfüllenden Nebenbestimmungen vor? Anmerkung: Für den BB muss keine separate Auflistung vorhanden sein, wenn bereits eine Auflistung für die BImSchG-Anlage(n) vorliegt. Wenn Ja, Kopie siehe Anhang zum Inspektionsbericht Nummer:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
1.6.3	Wurde die Bestellung einer oder eines Störfallbeauftragten nach § 58 a Abs. 2 BImSchG angeordnet? Wenn Ja, Datum der Anordnung:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

2. Pflichten für BB der unteren und der oberen Klasse		
2.1 Konzept nach § 8 der 12. BImSchV		
2.1.1	Ist ein Konzept zur Verhinderung von Störfällen nach § 8 der 12. BImSchV vorhanden? Anmerkung: Das Konzept zur Verhinderung von Störfällen kann mit Darstellungen zum Sicherheitsmanagementsystem (SMS) in einem Dokument zusammengefasst sein. Es kann innerhalb des Sicherheitsberichts integriert sein.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.1.2	Ist das Konzept zur Verhinderung von Störfällen aktuell? Datum der letzten Überprüfung bzw. Aktualisierung: Anmerkung: Mindestens alle fünf Jahre, bei einer Änderung nach § 7 Abs. 3, unverzüglich nach einem Ereignis nach Anhang VI Teil 1 (§ 8 Abs. 4 der 12. BImSchV).	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.1.3	Genügt das Konzept zur Verhinderung von Störfällen und/oder das SMS den Anforderungen des § 8 bzw. des Anhangs III der 12. BImSchV?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
	Fragestellung für die Stichprobe (überschlägige Vollständigkeitsprüfung): Beinhaltet das Konzept und das SMS folgende Kapitel gemäß Anhang III:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.1.3.1	Beruht das SMS auf einer Risikobeurteilung?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.1.3.2	Werden folgende Punkte durch das SMS geregelt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.1.3.2.1	Organisation und Personal	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.1.3.2.2	Ermittlung und Bewertung der Gefahren von Störfällen: bei bestimmungsgemäßem Betrieb (inklusive Unteraufträge): bei nicht bestimmungsgemäßem Betrieb (inklusive Unteraufträge):	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.1.3.2.3	Überwachung des Betriebes in Bezug auf Stromausfall: in Bezug auf die Alterung der Anlagen:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.1.3.2.4	Sichere Durchführung von Änderungen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

2.1.3.2.5	Notfallschutzplanung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.1.3.2.6	Überwachung der Leistungsfähigkeit des SMS	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.1.3.2.7	Systematische Überprüfung und Bewertung des Konzepts und des SMS	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.2 Information der Öffentlichkeit nach § 8 a der 12. BImSchV		
2.2.1	Darf von der Information der Öffentlichkeit abgesehen werden (§ 8 a Abs. 2 der 12. BImSchV)? Datum der Feststellung:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.2.2	Ist eine Information der Öffentlichkeit nach § 8 a der 12. BImSchV vorhanden?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.2.3	Steht diese Information der Öffentlichkeit über das Internet zur Verfügung?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.2.4	Ist die Information der Öffentlichkeit aktuell? Datum der letzten Überprüfung bzw. Aktualisierung Anmerkung: Aktualisierung nach relevanten Änderungen (Klasse des BB, des Verfahrens und der Menge, Art oder physikalischen Form eines gefährlichen Stoffes).	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.2.5	Genügt die Information der Öffentlichkeit den Anforderungen des § 8 a bzw. des Anhangs V Teil 1 der 12. BImSchV?	
2.2.5.1	Name oder Firma der Betreiberin oder des Betreibers, vollständige Anschrift des BB	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.2.5.2	Bestätigung, dass BB nach der 12. BImSchV und die Anzeige nach § 7 sowie ggf. Sicherheitsbericht nach § 9 der zuständigen Behörde vorliegt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.2.5.3	Verständlich abgefasste Erläuterung der Tätigkeiten im BB	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.2.5.4	Bezeichnung der relevanten gefährlichen Stoffe und Angabe ihrer wesentlichen Gefahreneigenschaften in einfachen Worten	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.2.5.5	Informationen, wie gewarnt wird; Verhaltensregeln für die Bevölkerung im Störfall; Information, wo diese elektronisch zugänglich sind	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.2.5.6	Datum der letzten Vor-Ort-Besichtigung nach § 17 Abs. 2, elektronische Fundstelle; Informationsstelle für Vor-Ort-Besichtigung und Überwachungsplan	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.2.5.7	Hinweis, wo nähere Informationen eingeholt werden können	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.3 Stand der Sicherheitstechnik		
2.3.1	Sind in Genehmigungsbescheiden oder nachträglichen Anordnungen sicherheitstechnische Prüfungen durch (insbesondere gemäß § 29 b BImSchG bekannt gegebene) Sachverständige gefordert? Wenn Ja:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.3.1.1	Wurden diese Prüfungen durchgeführt? Wenn Ja, Datum der letzten Prüfung: Name der oder des Sachverständigen:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.3.1.2	Wurden sicherheitstechnische Prüfungen durch (insbesondere gemäß § 29 b BImSchG bekannt gegebene) Sachverständige von der Betreiberin oder dem Betreiber ohne Behördenveranlassung durchgeführt? Wenn Ja, Datum der letzten Prüfung: Name der oder des Sachverständigen:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.3.1.3	Wurden Mängel festgestellt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.3.1.4	Wurden sicherheitsrelevante Mängel festgestellt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.3.1.5	Wurden die Mängel behoben?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Anmerkung: Offene Mängel sind mit Fristsetzung in den Inspektionsbericht aufzunehmen!
2.3.1.6	Wurden die sicherheitsrelevanten Mängel behoben? Wenn Nein, was wurde von der Behörde veranlasst?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.3.1.7	Ist eine Nachprüfung erforderlich? Wenn Ja, ist die Nachprüfung erfolgt? Wenn Ja, am:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Anmerkung: Für BB der unteren Klasse weiter mit Nummer 4.		

3. Zusätzliche Pflichten für BB der oberen Klasse		
3.1 Sicherheitsbericht nach § 9 der 12. BImSchV		
3.1.1	Liegt ein Sicherheitsbericht nach § 9 der 12. BImSchV vor?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.1.2	Ist der Sicherheitsbericht aktuell? Datum der letzten Überprüfung bzw. Aktualisierung durch die Betreiberin oder den Betreiber Anmerkung: regelmäßige Überprüfung alle fünf Jahre oder Fortschreibung aufgrund von relevanten Änderungen oder Ereignissen (§ 9 Abs. 5 der 12. BImSchV).	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.1.3	Wurde der aktualisierte Sicherheitsbericht der zuständigen Behörde rechtzeitig vorgelegt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.1.4	Wurde der Sicherheitsbericht durch eine Sachverständige oder einen Sachverständigen überprüft? Wenn Ja, Datum der Prüfung: Name der oder des Sachverständigen:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
A 3.1.5	Die behördliche Prüfung des Sicherheitsberichts erfolgte durch: Datum der Prüfung:	
A 3.1.5.1	Die Mitteilung des Prüfergebnisses nach § 13 der 12. BImSchV an die Betreiberin oder den Betreiber erfolgt(e) am:	
3.1.5.2	Genügt der Sicherheitsbericht den Anforderungen des § 9 und des Anhangs II der 12. BImSchV?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2 Interner Alarm- und Gefahrenabwehrplan nach § 10 der 12. BImSchV		
B 3.2.1	Liegt ein interner Alarm- und Gefahrenabwehrplan (AGAP) gemäß § 10 der 12. BImSchV vor?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2.2	Ist der interne AGAP (auch hinsichtlich der Rufnummern und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner) aktuell? Wenn Ja, Datum der letzten Überprüfung bzw. Aktualisierung: Datum der letzten Erprobung: Anmerkung: regelmäßige Überprüfung und Erprobung alle drei Jahre und Fortschreibung aufgrund von neuen Erkenntnissen (§ 10 Abs. 4 der 12. BImSchV).	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2.3	Genügt die Form des internen AGAP den grundsätzlichen Anforderungen des Anhangs IV der 12. BImSchV bezüglich der folgenden Punkte:	
3.2.3.1	Wird die Person oder Stelle, die für die Einleitung von Sofortmaßnahmen ermächtigt ist, benannt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2.3.2	Wird die Person oder Stelle, die für die Unterrichtung der für den externen AGAP zuständigen Behörde verantwortlich ist, benannt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2.3.3	Werden im internen AGAP die vorhersehbaren Umstände oder Vorfälle, die für das Auslösen eines Störfalles ausschlaggebend sein können, sowie die Begrenzung der Auswirkungen beschrieben?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2.3.4	Werden im internen AGAP Maßnahmen zur Begrenzung der Risiken für Personen innerhalb des Betriebsgeländes beschrieben?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2.3.5	Werden im internen AGAP Maßnahmen zur Alarmierung der externen Gefahrenabwehrbehörden beschrieben?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2.3.6	Werden im internen AGAP Maßnahmen zur Ausbildung und Schulung des Personals sowie der externen Notfall- und Rettungsdienste beschrieben?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2.3.7	Werden Vorkehrungen zur Unterstützung von Abhilfemaßnahmen außerhalb des BB beschrieben?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2.4	Wurden die Beschäftigten des BB hinsichtlich des internen AGAP – wiederkehrend – unterwiesen? Anmerkung: regelmäßige Unterweisung vor Beschäftigungsaufnahme und alle drei Jahre wiederkehrend (§ 10 Abs. 3 der 12. BImSchV).	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2.4.1	Liegen schriftliche Nachweise über Unterweisungen der Beschäftigten vor?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2.4.2	Werden die Unterweisungen regelmäßig, spätestens alle drei Jahre, durchgeführt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2.4.3	Stehen die im internen AGAP angegebenen Mittel (z. B. Löschmittel bei den externen Einsatzkräften) tatsächlich zur Verfügung?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.2.4.4	Sind die angegebenen Einsatz- und Hilfskräfte jederzeit verfügbar?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.3 Externer Alarm- und Gefahrenabwehrplan nach § 10 der 12. BImSchV		
3.3.1	Wurden die Informationen zur Erstellung eines externen AGAP an die Katastrophenschutzbehörden übermittelt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.3.2	Sind die übermittelten Informationen aktuell? Wenn Ja, Datum der letzten Übermittlung:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.3.3	An welche (zuständige) Behörde wurden sie übermittelt?	

3.4 Weitergehende Informationen der Öffentlichkeit nach § 11 der 12. BImSchV		
3.4.1	Darf von der weitergehenden Information der Öffentlichkeit abgesehen werden (§ 11 Abs. 2 der 12. BImSchV)? Datum der Feststellung:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.4.2	Ist eine weitergehende Information der Öffentlichkeit nach § 11 der 12. BImSchV vorhanden?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.4.3	Ist die weitergehende Information der Öffentlichkeit aktuell? Datum der letzten Überprüfung bzw. Aktualisierung Anmerkung: ständige Aktualisierung, insbesondere nach störfallrelevanten Änderungen.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.4.4	Genügt die weitergehende Information der Öffentlichkeit den Anforderungen des § 11 bzw. des Anhangs V Teil 2 der 12. BImSchV bezüglich der folgenden Punkte:	
3.4.4.1	Informationen zu den Gefahren, die von einem Störfall ausgehen können; mögliche Auswirkungen eines Störfalles auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.4.4.2	zusammenfassende Darstellung der wesentlichen Störfallszenarien und der Maßnahmen zur Verhinderung/Begrenzung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.4.4.3	Verpflichtung zur Bekämpfung und Begrenzung von Störfällen auf dem Betriebsgelände auch in Zusammenarbeit mit externen Kräften	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.4.4.4	Informationen aus dem externen AGAP zur Bekämpfung und Begrenzung von Störfallauswirkungen außerhalb des Betriebsgeländes	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.4.4.5	Aufforderung, den Anordnungen der Notfall- oder Rettungsdienste Folge zu leisten	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.4.4.6	Angabe, ob Möglichkeit von grenzüberschreitenden Störfallauswirkungen besteht: Erforderlich? Vorhanden?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.4.5	Steht die weitergehende Information der Öffentlichkeit nach Anhang V Teil 2 der 12. BImSchV über das Internet zur Verfügung?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.4.6	Sind im Fall eines Störfalles Auswirkungen außerhalb des BB zu erwarten?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.4.6.1	Wie wurde die Nachbarschaft im Einwirkungsbereich des BB (gemäß Störfallablaufszszenarien nach Vollzugshilfe) über die Sicherheitsmaßnahmen und das richtige Verhalten im Fall eines Störfalles informiert? Anmerkung: Die Information müssen mindestens die Angaben nach Anhang V Teile 1 und 2 der 12. BImSchV umfassen (§ 11 Abs. 3 der 12. BImSchV).	
3.4.6.2	Ist die Information der Nachbarschaft nach § 11 Abs. 3 der 12. BImSchV aktuell? Datum der letzten Überprüfung bzw. Aktualisierung: Anmerkung: Die Information müssen alle drei Jahre, aufgrund von Änderungen nach § 7 Abs. 2 der 12. BImSchV sowie von neuen Erkenntnissen überprüft und aktualisiert werden. Datum der letzten Durchführung der Information: Anmerkung: Die Information muss spätestens alle fünf Jahre wiederholt durchgeführt werden (§ 11 Abs. 4 der 12. BImSchV).	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.5 Beauftragte nach der 12. BImSchV		
3.5.1	Ist eine Person oder Stelle (z. B. eine Organisationseinheit) mit der Begrenzung der Auswirkungen von Störfällen bestellt? Wenn Ja, Name oder Bezeichnung der Stelle: Anmerkung: Vgl. § 12 Abs. 1 Nr. 2 der 12. BImSchV, diese Person oder Stelle hat eine andere Funktion als die oder der Störfallbeauftragte. Diese Aufgaben können der oder dem Störfallbeauftragten zusätzlich auferlegt werden.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.5.2	Ist eine Störfallbeauftragte oder ein Störfallbeauftragter gemäß § 58 a BImSchG bestellt? Anmerkung: Externe Störfallbeauftragte können auf Antrag der Betreiberin oder des Betreibers gestattet werden (§ 5 Abs. 2 der 5. BImSchV).	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.5.3	Wurde diese oder dieser schriftlich mit genauer Bezeichnung der Aufgaben, Rechte und Pflichten bestellt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.5.4	Wurde diese oder dieser der Behörde benannt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.5.5	Name und Anschrift:	

4. Vor-Ort-Besichtigung nach § 16 der 12. BImSchV
Aus der nachfolgenden Auswahlliste wurde(n) folgende Stichprobe(n) im Rahmen der Inspektion nach § 16 der 12. BImSchV durchgeführt: Anmerkung: Umfang und Prüftiefe der stichprobenartigen Vor-Ort-Besichtigung sollen bisherige Inspektionsergebnisse berücksichtigen. Offene Mängel sind mit Fristsetzung in den Inspektionsbericht aufzunehmen!

4.1 Auswahlliste für die Vor-Ort-Besichtigung		
4.1.1	Die sicherheitstechnischen Nebenbestimmungen der Genehmigung vom wurden im Rahmen einer Stichprobe auf Einhaltung überprüft: Ergebnis der Prüfung:	Aktenzeichen: Datum:
4.1.2	Existiert eine Auflistung aller sicherheitsrelevanten Anlagenteile?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.3	Wartungen und Prüfungen	
4.1.3.1	Werden Wartungen und Prüfungen der Einrichtungen und des Betriebes der sicherheitsrelevanten Anlagenteile schriftlich dokumentiert?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.3.2	Folgende Prüfbescheinigungen/Dokumentationen wurden für folgende sicherheitsrelevante Anlagenteile eingesehen: Bezeichnung der Einrichtung:	
4.1.3.3	Wurden die Wartungen und Prüfungen durchgeführt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.3.4	Wurden Mängel festgestellt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.3.5	Wurden sicherheitsrelevante Mängel festgestellt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.3.6	Wurden diese Mängel behoben?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Anmerkung: Offene Mängel sind mit Fristsetzung in den Inspektionsbericht aufzunehmen!
4.1.3.7	Wurden die sicherheitsrelevanten Mängel behoben? Wenn Nein, was wurde von der Behörde veranlasst?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.4	Prüfbescheinigungen nach BetrSichV	
4.1.4.1	Wurden Prüfbescheinigungen nach BetrSichV eingesehen?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.4.2	Dokumentiert die Bescheinigung Mängel an der Anlage?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.4.3	Dokumentiert die Bescheinigung sicherheitsrelevante Mängel an der Anlage?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.4.4	Wurden die Mängel behoben?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Anmerkung: Offene Mängel sind mit Fristsetzung in den Inspektionsbericht aufzunehmen!
4.1.4.5	Wurden die sicherheitsrelevanten Mängel behoben? Wenn Nein, was wurde von der Behörde veranlasst?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.4.6	Ist eine Nachprüfung erforderlich? Wenn Ja, ist die Nachprüfung erfolgt? Wenn Ja, am:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.4.7	Wurde die Bescheinigung des Fachbetriebes eingesehen?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.5	Prüfbescheinigungen nach der VAwS	
4.1.5.1	Wurden Prüfbescheinigungen nach der VAwS eingesehen?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.5.2	Dokumentiert die Bescheinigung Mängel an der Anlage?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.5.3	Dokumentiert die Bescheinigung sicherheitsrelevante Mängel an der Anlage?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.5.4	Wurden die Mängel behoben?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Anmerkung: Offene Mängel sind mit Fristsetzung in den Inspektionsbericht aufzunehmen!
4.1.5.5	Wurden die sicherheitsrelevanten Mängel behoben? Wenn Nein, was wurde von der Behörde veranlasst?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.5.6	Ist eine Nachprüfung erforderlich? Wenn Ja, ist die Nachprüfung erfolgt? Wenn Ja, am:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.5.7	Wurde die Bescheinigung des Fachbetriebes eingesehen?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.6	R + I-Schema	
4.1.6.1	Das aktuelle R + I-Schema Nummer: Stand vom: wurde stichprobenartig auf Vorhandensein und richtige Kennzeichnung der dargestellten Anlagenteile überprüft.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.6.2	Es wurden im Bereich: Abweichungen festgestellt:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

4.1.7	Lageplan	
4.1.7.1	Der Lageplan Nummer: Stand vom: wurde stichprobenartig auf Vorhandensein und richtige Kennzeichnung der dargestellten Anlagenteile überprüft.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.7.2	Es wurden im Bereich: Abweichungen festgestellt:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.8	Zugriff Unbefugter	
4.1.8.1	Durch welche Maßnahmen wird sichergestellt, dass sicherheitsrelevante Anlagenteile des BB vor dem Zugriff Unbefugter ausreichend geschützt sind? Anmerkung: Vgl. § 3 Abs. 2 Nr. 3 der 12. BImSchV und SFK-GS-38 Leitfaden: Maßnahmen gegen Eingriffe Unbefugter.	
4.1.9	Betriebsanweisungen	
4.1.9.1	Sind aktuelle Betriebsanweisungen für den bestimmungsgemäßen Betrieb erstellt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.9.2	Findet eine regelmäßige Schulung und Unterweisung des Bedienungs- und Wartungspersonals statt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.9.3	In folgende Dokumente (z. B. Schulungsnachweise) wurde Einsicht genommen: Kopie der eingesehenen Dokumente siehe Anhang zum Inspektionsbericht Nummer:	
4.1.9.3.1	Wurden dabei Mängel festgestellt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.1.10	Anlagenrundgang	
4.1.10.1	Der Anlagenrundgang umfasste folgende besichtigte Bereiche:	
4.1.10.2	Folgende sicherheitsrelevante Anlagenteile und Einrichtungen (für BB der oberen Klasse aus der Dokumentation des Sicherheitsberichts) wurden dabei vor Ort in Augenschein genommen (Prüfung auf Vorhandensein):	
4.1.10.3	Der Anlagenrundgang ergab als Stichprobe folgende augenscheinliche Mängel:	
4.1.11	Für frei formulierbare Vor-Ort-Besichtigungen/Stichproben	

5. Vor-Ort-Besichtigung nach § 16 der 12. BImSchV – Daten, Planung, zusammengefasste Ergebnisdokumentation		
Anmerkung: Der Betreiberin oder dem Betreiber ist der Bericht innerhalb von vier Monaten nach der Vor-Ort-Besichtigung durch die zuständige Behörde zu übermitteln.		
Die Öffentlichkeit wird über das Datum der letzten Vor-Ort-Besichtigung nach § 8 a der 12. BImSchV von der Betreiberin oder dem Betreiber informiert. Ausführlichere Informationen zur Vor-Ort-Besichtigung können von der Öffentlichkeit nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/4/EG eingeholt werden.		
A 5.1	Inspektionsintervall für die Vor-Ort-Besichtigung nach § 16 der 12. BImSchV nach Überwachungsplan:	alle 12 Monate (BB der oberen Klasse) <input type="checkbox"/> Ja 36 Monate (BB der unteren Klasse) <input type="checkbox"/> Ja
A 5.2	Anlass dieser Vor-Ort-Besichtigung:	Regelmäßig wiederkehrende Besichtigung: <input type="checkbox"/> Ja Besichtigung aus besonderem Anlass: <input type="checkbox"/> Ja
B 5.3	Datum dieser Vor-Ort-Besichtigung:	
5.3.1	Beteiligte:	
B 5.4	Datum der vorangegangenen Vor-Ort-Besichtigung nach § 16 der 12. BImSchV:	
5.4.1	Wurden die bei der vorangegangenen Vor-Ort-Besichtigung festgestellten Mängel abgestellt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
A 5.5	Ergebnisdokumentation der aktuellen Vor-Ort-Besichtigung Hier auflisten: Liste der Anhänge zum Inspektionsbericht:	
A 5.5.1	Mängelpunkte für das Revisionsschreiben:	
A 5.5.2	Termin für die Überprüfung der aktuellen Mängelbehebung	
A 5.5.3	Ergibt sich aus der Überprüfung die Notwendigkeit, der Betreiberin oder dem Betreiber Pflichten nach den §§ 9 bis 12 der 12. BImSchV (BB der oberen Klasse) aufzugeben?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
A 5.5.4	Ist aufgrund der festgestellten Mängel eine erneute Vor-Ort-Besichtigung spätestens innerhalb von sechs Monaten erforderlich?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
5.5.5	Sonstiges:	

.....
Datum und Unterschrift der Sachbearbeiterin oder des Sachbearbeiters

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Hannover)**

**Bek. d. LBEG v. 27. 2. 2017
— L1.4/L67007/03-08-02/2016-0021 —**

Die Firma ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Riethorst 12, 30659 Hannover, beabsichtigt auf dem Betriebsplatz Nienhagen die temporäre Bereitstellung von Anlagenkomponenten, die bei der Räumung von obertägigen Prozessanlagen ausgebonden werden und einer Entsorgung zuzuführen sind. Der Betriebsplatz Nienhagen liegt auf dem Gebiet der Gemeinde Nienhagen im Landkreis Celle.

Dazu hat die Vorhabenträgerin Unterlagen für die Durchführung einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß dem UVPG vorgelegt.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. Nummer 8.7.1.2 der Anlage 1 UVPG in der derzeit geltenden Fassung durch eine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Diese nach den Vorgaben der Anlage 2 UVPG vorgenommene standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das o. g. Vorhaben nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Sie ist nach § 3 a UVPG nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 284

**Niedersächsische Landesbehörde
für Straßenbau und Verkehr**

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG;
Anlegung von Behelfsumfahrungen im Zuge
des sechsstreifigen Ausbaus der Bundesautobahn 7**

**Bek. d. NLStBV v. 7. 3. 2017
— 3323-31027-A 7-01/16 —**

Der Geschäftsbereich Verden der NLStBV hat die Anlegung von Behelfsumfahrungen der Bauwerke 24087, 24089 und 24090 im Zuge des sechsstreifigen Ausbaus der Bundesautobahn 7 im Streckenabschnitt Anschlussstelle Bad Fallingbostel bis zum Autobahndreieck Walsrode gemäß § 17 d FStrG i. V. m. § 76 Abs. 2 VwVfG beim Dezernat 33 — Planfeststellung — des Zentralen Geschäftsbereichs der NLStBV beantragt.

Im Rahmen dieses Zulassungsverfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. § 3 e UVPG i. d. F. vom 24. 2. 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. 11. 2016 (BGBl. I S. 2749), durch eine allgemeine Vorprüfung zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Diese Vorprüfung anhand der entscheidungserheblichen Unterlagen und Daten hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das o. a. Vorhaben nicht erforderlich ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nach § 3 a UVPG nicht selbständig anfechtbar ist.

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 284

**Niedersächsischer Landesbetrieb
für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz**

**Vorläufige Sicherung
des Überschwemmungsgebietes des Violenbaches
im Landkreis Osnabrück**

**Bek. d. NLWKN v. 15. 3. 2017
— 62023-536-17 —**

Der NLWKN hat den Bereich des Landkreises Osnabrück, der von einem hundertjährigen Hochwasser des Violenbaches überschwemmt wird, ermittelt und in Arbeitskarten dargestellt.

Die Arbeitskarten werden hiermit öffentlich bekannt gemacht. Das Überschwemmungsgebiet ist ab dem Tag nach dieser Bek. nach § 76 Abs. 3 WHG vom 31. 7. 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. 8. 2016 (BGBl. I S. 1972), i. V. m. § 115 NWG vom 19. 2. 2010 (Nds. GVBl. S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 2 § 7 des Gesetzes vom 12. 11. 2015 (Nds. GVBl. S. 307), vorläufig gesichert. Es gelten gemäß § 78 Abs. 6 WHG die Verbote und Genehmigungsvorbehalte des § 78 Abs. 1 bis 4 WHG.

Das Überschwemmungsgebiet erstreckt sich auf das Gebiet der Stadt Melle und ist in der mitveröffentlichten Übersichtskarte (**Anlage**) im Maßstab 1 : 40 000 dargestellt. Die Arbeitskarten im Maßstab 1 : 5 000 (Blatt 1 bis 7) werden beim

Landkreis Osnabrück,
Am Schölerberg 1,
49082 Osnabrück,

aufbewahrt und können ab dem Tag nach dieser Bek. während der Dienststunden dort kostenlos eingesehen werden. In den Arbeitskarten ist die Grenze des nach § 115 Abs. 5 NWG vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebietes mit einer roten Linie gekennzeichnet; das vom NLWKN ermittelte Überschwemmungsgebiet selbst ist blau dargestellt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Bek. kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim

Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz,
Betriebsstelle Cloppenburg,
Drüdingstraße 25,
49661 Cloppenburg,

oder beim

Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz,
Direktion — Geschäftsbereich VI —,
Ratsherr-Schulze-Straße 10,
26122 Oldenburg,

oder beim

Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz,
Direktion,
Am Sportplatz 23,
26506 Norden,

einzulegen.

Hinweis:

Die aktuellen Karten werden nach der Bearbeitung auf der Internetseite des NLWKN eingestellt unter: www.nlwkn.niedersachsen.de/Hochwasser- & Küstenschutz/Hochwasserschutz/Überschwemmungsgebiete/zu den Überschwemmungsgebietskarten.

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 284

**Die Anlage ist auf den Seiten 290/291
dieser Nummer des Nds. MBl. abgedruckt.**

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig**Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG;
Öffentliche Bekanntmachung
(KKF Fels GmbH & Co. KG, Goslar)****Bek. d. GAA Braunschweig v. 24. 2. 2017
— BS 16-080 —**

Die Firma KKF Fels GmbH & Co. KG, Alte Heerstraße 4, 38644 Goslar, hat mit Antrag vom 27. 6. 2016 die Erteilung einer Änderungsgenehmigung gemäß § 16 Abs. 1 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Federleistenprofilen für Lattenroste am Standort Schweepenkamp 1 in Goslar beantragt.

Bei dem Vorhaben handelt es sich um eine Anlage zur Herstellung von Federleistenprofilen für Lattenroste mit vier Produktionslinien in einer vorhandenen Halle. Bei der Produktion der Federleistenprofile kommen Kunstharze zum Einsatz. Die Produktion wird im Dreischichtbetrieb von montags 5.00 Uhr bis samstags 5.00 Uhr erfolgen. Der Lieferverkehr für die An- und Abtransporte findet ausschließlich in der Zeit zwischen 7.00 und 16.00 Uhr über die Straße Schweepenkamp statt.

Die Produktionsanlage für Federleistenprofile ist gemäß Nummer 5.2.1 (G) des Anhangs 1 der 4. BImSchV genehmigungsbedürftig. Das Genehmigungsverfahren wird mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Genehmigungsbehörde ist das GAA Braunschweig.

Die immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlage soll im Jahr 2017 in Betrieb genommen werden.

Der Antrag einschließlich der dazu eingereichten Unterlagen (Zeichnungen, Erläuterungen usw.) kann vom **22. 3. bis zum 21. 4. 2017** in den folgenden Stellen zu den jeweils angegebenen Zeiten eingesehen werden:

- Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig, Ludwig-Winter-Straße 2, 38120 Braunschweig,
Einsichtsmöglichkeit:
montags bis donnerstags
in der Zeit von 8.00 bis 15.30 Uhr,
freitags und an Tagen vor Feiertagen
in der Zeit von 8.00 bis 14.30 Uhr;
- Stadt Goslar, Fachdienst Bauordnung und Denkmalschutz, Verwaltungsgebäude Charley-Jacob-Straße 3, 38640 Goslar,
Einsichtsmöglichkeit:
montags bis freitags in der Zeit von 8.00 bis 13.00 Uhr,
donnerstags in der Zeit von 14.00 bis 18.00 Uhr,
und nach telefonischer Vereinbarung.

Diese Bek. und die Antragsunterlagen sind auch im Internet unter <http://www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de> und dort über den Pfad „Bekanntmachungen > Braunschweig — Göttingen“ einsehbar.

Einwendungen gegen das Vorhaben können gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist (**bis zum 5. 5. 2017**) schriftlich bei den genannten Auslegungsstellen erhoben werden. Mit Ablauf der Einwendungsfrist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Gemäß § 12 Abs. 2 der 9. BImSchV sind die Einwendungen der Antragstellerin und, soweit sie deren Aufgabenbereich betreffen, den nach § 11 der 9. BImSchV beteiligten Behörden bekannt zu geben. Es wird darauf hingewiesen, dass auf Verlangen der Einwenderin oder des Einwenders deren oder dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht werden sollen, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Es wird weiter darauf hingewiesen, dass gleichförmige Einwendungen unberücksichtigt bleiben können, wenn die Unterzeichnenden ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder nicht leserlich angegeben haben.

Der Erörterungstermin wird bestimmt auf

**Donnerstag, den 29. 6. 2017, 10.00 Uhr,
Stadt Goslar,
Verwaltungsgebäude Charley-Jacob-Straße 3,
Sitzungszimmer 01.004,
38640 Goslar.**

Die Durchführung des Erörterungstermins liegt im Ermessen der Genehmigungsbehörde.

Bei Bedarf wird die Erörterung jeweils am darauffolgenden Werktag (ohne Samstag) zur gleichen Zeit an gleicher Stelle fortgesetzt.

Formgerecht erhobene Einwendungen werden auch bei Ausbleiben der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Gemäß § 10 Abs. 4 Nr. 4 BImSchG kann die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 285

**Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG;
Öffentliche Bekanntmachung
(Biogas Grasleben GmbH & Co. KG)****Bek. d. GAA Braunschweig v. 27. 2. 2017
— BS 16-013 —**

Die Firma Biogas Grasleben GmbH & Co. KG, Magdeburger Straße 16, 38368 Grasleben, hat mit Antrag vom 13. 7. 2016 die Erteilung einer Änderungsgenehmigung für die folgenden Änderungen ihrer Biogasanlage beantragt (Rechtsgrundlage: § 16 Abs. 1 BImSchG):

- Erneuerung der Tragluftfoliendächer der Behälter Fermenter, Nachgärer und Gärrestlager und damit verbunden die Erhöhung der Gasspeicherkapazität von 2 600 auf 6 163 m³,
- Errichtung eines neuen Technikgebäudes,
- Errichtung und Betrieb eines zusätzlichen BHKW (BHKW-Motor) mit einer Feuerungswärmeleistung von 2 834 kW im neuen Technikgebäude,
- Errichtung und Betrieb eines Warmwasserspeichers mit 400 m³ Speichervolumen,
- Errichtung und Betrieb zweier PTH-Module (PTH = Power to heat) im vorhandenen Zentralgebäude,
- Aufstellung und Betrieb einer zusätzlichen Trafostation.

Die Betreiberin hat beantragt, die geänderte Biogasanlage so schnell wie möglich in Betrieb zu nehmen.

Die Biogasanlage ist gemäß Nummer 8.6.3.2 (V) des Anhangs 1 der 4. BImSchV genehmigungsbedürftig. Aufgrund der in der Anlage maximal vorhandenen Gasspeichermenge handelt es sich hier um einen Betriebsbereich i. S. von § 3 Abs. 5 a BImSchG. Das Genehmigungsverfahren ist gemäß § 19 Abs. 4 BImSchG mit Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen.

Genehmigungsbehörde ist das GAA Braunschweig.

Gemäß § 3 c UVPG i. V. m. Nummer 8.4.2.1 der Anlage 1 UVPG ist im Genehmigungsverfahren eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen.

Der Antrag einschließlich der dazu eingereichten Unterlagen (Zeichnungen, Erläuterungen usw.) kann

vom 22. 3. bis zum 21. 4. 2017

in den folgenden Stellen zu den im Folgenden genannten Zeiten eingesehen werden:

- Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig, Ludwig-Winter-Straße 2, 38120 Braunschweig,
Einsichtsmöglichkeit:
montags bis donnerstags
in der Zeit von 8.00 bis 15.30 Uhr,
freitags und an Tagen
vor Feiertagen in der Zeit von 8.00 bis 14.30 Uhr;

- Samtgemeinde Grasleben, Raum E04, Bahnhofstraße 4, 38368 Grasleben,
Einsichtsmöglichkeit:
montags und freitags
in der Zeit von 8.30 bis 12.00 Uhr,
dienstags in der Zeit von 8.30 bis 12.00 Uhr und
14.00 bis 16.00 Uhr,
donnerstags in der Zeit von 8.30 bis 12.00 Uhr und
14.00 bis 18.00 Uhr.

Bei beiden Behörden ist auch eine von den o. g. Zeiten abweichende Einsichtnahme nach vorheriger telefonischer Vereinbarung möglich.

Diese Bek. und die Antragsunterlagen sind auch im Internet unter <http://www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de> und dort über den Pfad „Bekanntmachungen > Braunschweig – Göttingen“ einsehbar.

Einwendungen gegen das Vorhaben können gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist (**bis zum 5. 5. 2017**) schriftlich bei den genannten Auslegungsstellen erhoben werden.

Die schon vorliegenden Einwendungen bleiben gültig.

Es können nur die Personen Einwendungen erheben, deren Belange berührt sind, oder Vereinigungen, welche die Anforderungen des § 3 Abs. 1 oder § 2 Abs. 2 UmwRG erfüllen. Dies beruht auf der neuen Vorschrift des § 19 Abs. 4 Satz 3 BImSchG, die mit Artikel 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 30. 11. 2016 (BGBl. I S. 2750) erlassen wurde.

Die Einwendungen werden der Antragstellerin und den beteiligten Behörden, soweit sie deren Aufgabenbereich berühren, bekannt gegeben (Rechtsgrundlage: § 12 Abs. 2 der 9. BImSchV). Auf Verlangen der Einwenderin oder des Einwenders wird deren und dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht, wenn diese Angaben zur sachgerechten Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht benötigt werden.

Es wird weiter darauf hingewiesen, dass gleichförmige Einwendungen unberücksichtigt bleiben können, wenn die Unterzeichnenden ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder nicht leserlich angeben haben.

Ein Erörterungstermin findet nicht statt. Dies beruht auf § 19 Abs. 4 Satz 2 BImSchG, der mit Artikel 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 30. 11. 2016 (BGBl. I S. 2750) erlassen wurde.

Gemäß § 10 Abs. 4 Nr. 4 BImSchG kann die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

– Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 285

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Göttingen

Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Bioenergiedorf Jühnde eG)

**Bek. d. GAA Göttingen v. 3. 3. 2017
– 16-021-01 –**

Die Firma Bioenergiedorf Jühnde eG, Koppelweg 1, 37127 Jühnde, hat mit Schreiben vom 22. 4. 2016 die Erteilung einer Genehmigung gemäß den §§ 16 und 19 BImSchG in der derzeit geltenden Fassung für die Änderung einer Biogasanlage am Standort in 37127 Jühnde, Koppelweg 1, Gemarkung Jühnde, Flur 14, Flurstücke 10/2 und 12/1, beantragt.

Gegenstand der wesentlichen Änderung sind die Erhöhung der Biogasproduktion, die vollständige Nutzung des Gärrestelagers und die Änderung des Havariebeckens.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. den Nummern 1.2.2.2, 8.4.2.2 und 9.1.1.3 der Anlage 1 UVPG in der derzeit geltenden Fassung durch eine Vorprü-

fung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung in diesem Verfahren nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Sie ist nicht selbständig anfechtbar.

– Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 286

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Hannover

Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Lübber Erd- und Tiefbau GmbH, Syke)

**Bek. d. GAA Hannover v. 28. 2. 2017
– H 027771306-112 –**

Die Firma Lübber Erd- und Tiefbau GmbH, Bassumer Landstraße 60, 28857 Syke, hat mit Schreiben vom 17. 10. 2013 die Erteilung einer Genehmigung gemäß § 16 Abs. 1 BImSchG in der derzeit geltenden Fassung für die Erteilung einer Genehmigung zur wesentlichen Änderung einer Abfallentsorgungsanlage am Standort in 28844 Weyhe, Ortsteil Dreye, Wieldamm, Gemarkung Sudweyhe, Flur 2, Flurstücke 28/4 und 27/13, beantragt. Die wesentliche Änderung umfasst u. a. die Erhöhung der Gesamtlagerkapazität für nicht gefährlichen Abfall auf maximal 15 200 t, davon maximal 200 t Metallschrott.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. Nummer 8.7.1.2 der Anlage 1 UVPG in der derzeit geltenden Fassung durch eine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung in diesem Verfahren nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Sie ist nicht selbständig anfechtbar.

– Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 286

Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Enertec Hameln GmbH)

**Bek. d. GAA Hannover v. 2. 3. 2017
– HI 007016833-112 –**

Die Firma Enertec Hameln GmbH, 31789 Hameln, Heinrich-Schoormann-Weg 1, hat mit Schreiben vom 30. 9. 2016 die Erteilung einer Genehmigung gemäß § 16 Abs. 1 BImSchG in der derzeit geltenden Fassung für die Erteilung einer Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Müllverbrennungsanlage Hameln am Standort in 31789 Hameln, Heinrich-Schoormann-Weg 1, Gemarkung Afferde, Flur 1, Flurstücke 70/1, 70/2, 44/93, und Gemarkung Hameln, Flur 22, Flurstücke 45/3, 46/3, 47/4, 68/22 und 108/4, beantragt. Die wesentliche Änderung umfasst die Wiederinbetriebnahme der Verbrennungslinie 2 (VL 2).

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. Nummer 8.1.1.2 der Anlage 1 UVPG in der derzeit geltenden Fassung durch eine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung in diesem Verfahren nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Sie ist nicht selbständig anfechtbar.

– Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 286

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg**Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG;
Öffentliche Bekanntmachung
(GEKA mbH, Munster)****Bek. d. GAA Lüneburg v. 15. 3. 2017
— LG 17-013-01 4.1 CE002038304 Wa —**

Die Firma GEKA mbH hat mit Schreiben vom 25. 1. 2017 die Erteilung einer Änderungsgenehmigung für die erste Verbrennungsanlage (Nummer 8.1.1.2 [G] i. V. m. Nummer 8.8.1.1 [E/G] des Anhangs 1 der 4. BImSchV) zur Errichtung und zum Betrieb einer chemischen Behandlung von Abfällen mit einer Kapazität von 40 t/d auf dem Grundstück in 29633 Munster, Humboldtstraße 110, Gemarkung Munster, Flur 6, beantragt.

Die geplante Anlage zur chemischen Behandlung von Abfällen soll in zwei Teilschritten beantragt und genehmigt werden. Im Rahmen des vorliegenden ersten Teilgenehmigungsantrags werden die Errichtung und der Betrieb der chemischen Behandlungsanlage für einen Reaktionsbehälter zur Hydrolyse beantragt. In einem zweiten Teilgenehmigungsantrag soll dann zusätzlich eine Eindampfungsanlage zur Eindampfung der entstehenden Salzlösung beantragt werden.

Mit dem Betrieb der Anlage soll nach Vorlage der Genehmigung und dem Abschluss der Errichtungsarbeiten noch in 2017 begonnen werden.

Die wesentliche Änderung der beantragten Anlage bedarf der Genehmigung gemäß den §§ 16 und 10 BImSchG i. V. m. § 1 sowie Nummer 8.8.1.1 (E/G) des Anhangs 1 der 4. BImSchV. Es handelt sich dabei um eine Anlage gemäß Artikel 10 der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. 11. 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) — sog. Industrieemissions-Richtlinie — (ABl. EU Nr. L 334 S. 17; 2012 Nr. L 158 S. 25). Ein maßgebliches BVT-Merkblatt mit Schlussfolgerungen existiert derzeit noch nicht.

Gemäß Nummer 8.1 der Anlage ZustVO-Umwelt-Arbeitschutz ist das GAA Lüneburg zuständige Genehmigungsbehörde.

Das geplante Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG öffentlich bekannt gemacht.

Aufgrund von Nummer 8.5 der Anlage 1 UVPG unterliegt das Vorhaben dem Anwendungsbereich des UVPG. Die für die Umweltverträglichkeitsprüfung notwendigen Unterlagen gemäß § 4 e der 9. BImSchV liegen bei der Genehmigungsbehörde vor und werden mit den anderen Antragsunterlagen ausgelegt.

Der Antrag auf Erteilung der Genehmigung und die Antragsunterlagen nach § 4 der 9. BImSchV liegen **vom 22. 3. bis zum 21. 4. 2017** bei den folgenden Stellen zu den angegebenen Zeiten zur Einsichtnahme öffentlich aus:

- Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg, Zimmer 0.306, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg, während der Dienststunden,

montags bis donnerstags	
in der Zeit von	8.00 bis 16.30 Uhr
freitags in der Zeit von	8.00 bis 13.00 Uhr;
- Stadt Munster, Rathaus, Zimmer 0.09, Wilhelm-Bockelmann-Straße 32, 29633 Munster, generell ohne Terminvereinbarung während der Dienststunden,

montags bis freitags	
in der Zeit von	8.30 bis 12.00 Uhr,
montags auch in der Zeit von	12.00 bis 16.30 Uhr.
donnerstags auch in der Zeit von	12.00 bis 18.00 Uhr
freitags auch in der Zeit von	12.00 bis 13.00 Uhr,

 darüber hinaus nach vorheriger Terminvereinbarung in den Dienststunden

dienstags in der Zeit von	12.00 bis 16.30 Uhr.
---------------------------	----------------------

Etwaige Einwendungen gegen das Vorhaben sind während der Einwendungsfrist, diese beginnt am **22. 3. 2017** und endet mit Ablauf des **5. 5. 2017**, schriftlich bei den genannten Aus-

legungsstellen geltend zu machen. Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 10 Abs. 3 Satz 5 BImSchG).

Gemäß § 12 Abs. 2 der 9. BImSchV sind die Einwendungen der Antragstellerin und, soweit sie deren Aufgabenbereich betreffen, den nach § 11 der 9. BImSchV beteiligten Behörden bekannt zu geben. Es wird darauf hingewiesen, dass auf Verlangen der Einwenderin oder des Einwenders deren oder dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht werden sollen, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Genehmigungsbehörde nach Ermessen, ob ein Erörterungstermin durchgeführt wird.

Findet der Erörterungstermin statt, werden die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen anlässlich dieses Termins

**am Dienstag, dem 13. 6. 2017, 10.00 Uhr,
im Rathaus der Stadt Munster,
Ratssaal,
Wilhelm-Bockelmann-Straße 32,
29633 Munster,**

erörtert.

Sollte die Erörterung am **13. 6. 2017** nicht abgeschlossen werden können, wird sie an den darauffolgenden Werktagen (ohne Samstag) zur gleichen Zeit am selben Ort fortgesetzt.

Der Erörterungstermin dient dazu, die rechtzeitig erhobenen Einwendungen zu erörtern, soweit dies für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen nach dem BImSchG von Bedeutung sein kann. Er soll denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, Gelegenheit geben, ihre Einwendungen zu erläutern. Die Einwendungen werden auch dann erörtert, wenn die Antragstellerin oder die Personen, die Einwendungen erhoben haben, zu diesem Erörterungstermin nicht erscheinen.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Findet ein Erörterungstermin nicht statt, so wird dies gesondert öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Entscheidung gemäß § 21 a der 9. BImSchV öffentlich bekannt gemacht wird und die öffentliche Bekanntmachung die Zustellung der Entscheidung gemäß § 10 Abs. 8 BImSchG ersetzen kann.

Diese Bek. und die Antragsunterlagen sind auch im Internet unter <http://www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de> und dort über den Pfad „Bekanntmachungen > Lüneburg — Celle — Cuxhaven“ einsehbar.

— Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 287

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg**Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG;
Öffentliche Bekanntmachung
(Weser-Metall GmbH, Nordenham)****Bek. d. GAA Oldenburg v. 22. 2. 2017
— OL16-069-01 + 02; Ma.3.3 —**

Das GAA Oldenburg hat der Firma Weser-Metall GmbH, Johannastraße 2, 26954 Nordenham, mit der Entscheidung vom 16. 12. 2016 eine Änderungsgenehmigung gemäß den §§ 16 und 10 ff. BImSchG erteilt.

Das Vorhaben beinhaltet

1. die Änderung der Betriebsweise des vorhandenen Bad-schmelzofens,
2. die Errichtung und den Betrieb einer Schlackenreduktionsanlage,

3. die Errichtung und den Betrieb einer Luftzerlegungsanlage für die Sauerstofferzeugung,
4. die Festlegung der Kapazitätsgrenzen,
5. die Anhebung der Volumenströme der Feuerungsabgase der Feinentkupferung und
6. die Durchführung von weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Immissionssituation der Bleihütte.

Der Bescheid enthält Nebenbestimmungen, um die Erfüllung der Genehmigungsvoraussetzungen des § 6 BImSchG sicherzustellen.

Der vollständige Bescheid und die genehmigten Antragsunterlagen können in der Zeit vom **16. 3. bis einschließlich 30. 3. 2017** bei folgenden Stellen eingesehen werden:

- Stadt Nordenham, Zimmer 77, Walter-Rathenau-Straße 25, 26954 Nordenham, während der Dienststunden,

montags in der Zeit von	8.00 bis 17.00 Uhr,
dienstags und mittwochs	
in der Zeit von	8.00 bis 16.00 Uhr,
donnerstags in der Zeit von	8.00 bis 17.00 Uhr,
freitags in der Zeit von	8.00 bis 12.30 Uhr;
- Stadt Bremerhaven, Stadtplanungsamt, Zimmer 109, Fährstraße 20, 27568 Bremerhaven, während der Dienststunden,

montags bis donnerstags	
in der Zeit von	8.00 bis 16.30 Uhr,
freitags in der Zeit von	8.00 bis 12.30 Uhr;
- Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg, Raum 426, Theodor-Tantzen-Platz 8, 26122 Oldenburg, während der Dienststunden,

montags bis donnerstags	
in der Zeit von	7.30 bis 16.30 Uhr,
freitags in der Zeit von	7.30 bis 12.30 Uhr.

Diese Bek. und der vollständige Genehmigungsbescheid sind auch im Internet unter <http://www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de> und dort über den Pfad „Bekanntmachungen > Oldenburg – Emden – Osnabrück“ einsehbar.

Nach der öffentlichen Bekanntmachung kann der Bescheid einschließlich Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg, Theodor-Tantzen-Platz 8, 26122 Oldenburg, schriftlich angefordert werden.

Gemäß § 10 Abs. 7 und 8 BImSchG i. V. m. § 21 a der 9. BImSchV werden der verfügende Teil des Bescheides und die Rechtsbehelfsbelehrung als **Anlage** öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Bescheid mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt gilt.

Das genehmigte Vorhaben betrifft eine Anlage gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. 11. 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (ABl. EU Nr. L 334 S. 17; 2012 Nr. L 158 S. 25) – sog. Industrieemissions-Richtlinie. Ein maßgebliches BVT-Merkblatt mit Schlussfolgerungen liegt noch nicht vor.

– Nds. MBl. Nr. 10/2017 S. 287

Anlage

Tenor

1. Der Firma Weser-Metall GmbH, Johannastraße 2, 26954 Nordenham, wird aufgrund ihres Antrages vom 4. 5. 2016, zuletzt ergänzt mit Schreiben vom 21. 9. 2016, die Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von Nichteisenrohmetallen aus Erzen, Konzentraten oder sekundären Rohstoffen durch metallurgische, chemische oder elektrolytische Verfahren erteilt.

2. Gegenstand der Genehmigung

Dieser Bescheid erstreckt sich auf die folgenden wesentlichen Maßnahmen:

- Änderung der Betriebsweise des Badschmelzofens auf einen teilweise diskontinuierlichen Betrieb (sogenannter Batchbetrieb):
 - Umstellung von kontinuierlichem auf diskontinuierlichen Schlackenabstich,
 - Aufstellung einer Stichlochbohr- und Stopfmaschine am Schlackenstich,
 - Beibehaltung der Schlackengranulationsvorrichtung, um den alleinigen Betrieb des Badschmelzofens für den Notbetrieb sicherzustellen,
 - Errichtung und Betrieb einer eingehausten Notschlackebox für die Zwischenlagerung von bleireicher Schlacke, die während des alleinigen Betriebes des Badschmelzofens im Notbetrieb anfällt, mit einer Lagerkapazität von ca. 270 Tonnen,
 - Errichtung und Betrieb einer Schlackenrinne zwischen dem Abstichloch am Badschmelzofen und der Zulauföffnung am Schlackenreduktionsofen für die Übergabe der flüssigen Primärschlacke aus dem Badschmelzofen an den Schlackenreduktionsofen,
 - Erweiterung der Einsatzstoffpalette um bleiärmere Vorstoffe,
 - neue Schlauchfilteranlage mit Kassettennachfiltration für die Behandlung von schwefeldioxidreichen Abgasen aus den Bereichen des Badschmelzofens und des Schlackenreduktionsofens mit vorgeschalteter SO₂-Trockensorption und einem Zyklonvorabscheider mit einem Gesamtvolumenstrom von 61 000 Nm³/h (Emissionspunkt I.23),
 - neue Schlauchfilteranlage mit Kassettennachfiltration (Hygienegasfilter) für die Gebäudeentstaubung von schwefeldioxidarmen Abgasen aus den Bereichen des Badschmelzofens und des Schlackenreduktionsofens mit einem Gesamtvolumenstrom von 200 000 Nm³/h (Emissionspunkt I.24),
- Errichtung und Betrieb einer Schlackenreduktionsanlage mit den nachfolgend genannten wesentlichen Anlagenteilen:
 - neue Vorstofflagerhalle für die Lagerung des Petrolkoks und anderer geeigneter Kohle (Körnung 10–30 mm), Kalkstein und Sand, bleireiches Schlackengranulat aus dem gegebenenfalls erforderlichen Notbetrieb des Badschmelzofens und angefeuchtetem Flugstaub aus den Filteranlagen des Reduktionsofens; die Vorstofflagerhalle verfügt über vier Lagerflächen mit einem Fassungsvermögen von je 315 m³; außerdem wird ein neuer Kastenbeschicker zur Aufgabe der eingelagerten Stoffe in die Dosierbunker des Schlackenreduktionsofens in der neuen Vorstofflagerhalle errichtet,
 - Materialzuführung mit Förderbändern über vier 10 m³-Dosierbunker und den dazugehörigen Abzugsbändern und der Wägetechnik,
 - Schlackenreduktionsofen mit Abgaskühlung/Abhitze-kessel,
 - Schlackengranulation und Entwässerungsfläche,
 - zwei 100 Tonnen-Bleisammelkessel mit Entkupferungsstufe und der Beladestelle für den Bleitransporter in 30 Tonnen-Transportkübeln;
- Errichtung und Betrieb einer Luftzerlegungsanlage für die Sauerstofferzeugung (Sauerstoffanlage) mit einer Kapazität von 4 500 m³/h; der erzeugte Sauerstoff wird im Badschmelzofen und in der Schlackenreduktionsanlage eingesetzt; die Sauerstoffanlage soll neben der vorhandenen Sauerstoffanlage auf dem sogenannten Containerplatz (Optionsfläche 1) oder im südöstlichen Teil des Werksgeländes in der Nähe der Weser (Optionsfläche 2) errichtet und betrieben werden; als weitere Option ist die Grundüberholung und Kapazitätserweiterung der vorhandenen Sauerstoffanlage möglich,
- Festlegung der Kapazitätsgrenzen:
 - der Einsatz an Vorstoffen im Badschmelzofen darf die Kapazität von 260 000 t/a nicht überschreiten,
 - der Einsatz von Kohle/Koks im Badschmelzofen darf die Kapazität von 14 000 t/a nicht überschreiten,
 - der Einsatz von flüssiger bleireicher Primärschlacke im Schlackenreduktionsofen darf die Kapazität von 140 000 t/a nicht überschreiten,
 - der Einsatz von Kohle/Koks in den Schlackenreduktionsofen darf die Kapazität von 15 000 t/a nicht überschreiten,

- die Produktion an reduzierter Schlacke darf die Kapazität von 75 000 t/a nicht überschreiten,
- die Produktion der Handelsbleierzeugung darf die Kapazität von 210 000 t/a nicht überschreiten,
- die Produktion der Rohsilbererzeugung darf die Kapazität von 300 t/a nicht überschreiten,
- die Produktion von Schwefelsäure darf die Kapazität von 100 000 t/a nicht überschreiten,
- die Sauerstoffanlage darf die Kapazität von 4 500 m³/h nicht überschreiten,
- der jährliche Umschlag auf der Pieranlage darf folgende Umschlagsmengen bzw. -kapazitäten nicht überschreiten:

– Bleikonzentrate	84 500 t/a,
– Paste und Metallic	121 500 t/a,
– sonstige Sekundäre (bleihaltig)	4 000 t/a,
– Petrolkoks	24 000 t/a,
– Zinkkonzentrat	250 000 t/a,
– Sekundärmaterial (zinkhaltig)	10 000 t/a,
– Schwefelsäure	225 000 t/a,
- Anhebung der Volumenströme der Feuerungsabgase aus der Kesselbeheizung der Feinentkupferung am Badschmelzofen auf 30 000 Nm³/h (Quelle I.12),
- Durchführung von weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Immissionssituation der Bleihütte unter anderem:
 - Verschließen der Dachreiter in der Feinentkupferung,
 - durch die Auswahl geeigneter Filtermedien wird der Reingasgehalt des Staubes an den Emissionsquellen I.1 (Vorstofflager I, II und III) und I.2 (Dosierbunkeranlage) gesenkt,
 - die Petrolkoksanlieferung erfolgt mit dem Schiff; mit einem Förderband wird der Petrolkoks von der Pier zum neuen Lager am Schlackenreduktionsofen transportiert; die langen Fahrstrecken der Lkws auf der Pierstraße entfallen zukünftig,
 - die Einlagerung bleihaltiger Schlacke in die Stührenberghalle mit Lkws entfällt zukünftig bis auf eine Menge von bis zu 8 000 Tonnen/Jahr durch den möglichen Notbetrieb des Badschmelzofens; dadurch verringert sich der Lkw Transportverkehr,
 - mit der Inbetriebnahme der neuen Sauerstoffanlage verringert sich die mit dem Lkw angelieferte Menge von Flüssigsauerstoff von 8 000 Tonnen/Jahr auf 1 000 Tonnen/Jahr; der Lkw Transportverkehr wird gemindert,
 - die Traktorfahrten mit den Transportkübeln für das Werkblei auf dem Betriebsgelände werden zukünftig verringert; statt bisher einem Transportkübel werden 8 Transportkübel auf einem Plattenwagen befördert; dadurch werden Fahrwege eingespart,
 - der Abhub des Reduktionsofenkessels fällt zukünftig durch eine Bodenöffnung in den abgesaugten Transportkübel; damit entfällt ein aufwändiges Handling mit dem Kran,
 - beim Verladen des Werkbleis in den Transportkübel wird zukünftig eine verbesserte Absaugung eingesetzt; die Verladung wird in einem geschlossenen Gebäude durchgeführt,
 - die Freiflächen im Bereich der neuen Anlagen werden so versiegelt, dass die Kehrmachine vom Fahrbahnbelag problemlos Stäube aufnehmen kann; es findet eine regelmäßige Befeuchtung durch Regner bzw. Sprüheinrichtungen statt.

Standort der Anlage ist:

Ort: 26954 Nordenham
 Straße: Johannastraße 2
 Gemarkung: Blexen
 Flur: 29
 Flurstücke: 7/6, 8/1, 5/19, 5/21, 6/4, 7/7, 7/8, 7/9, 7/10, 7/12, 8/6.

Die im Formular „Inhaltsverzeichnis“ im Einzelnen aufgeführten Antragsunterlagen sind Bestandteil dieses Genehmigungsbescheides und liegen diesem zugrunde.

3. Konzentrationswirkung

Diese Genehmigung schließt die nachfolgend genannten Genehmigungen mit ein:

- 3.1 Baugenehmigung,
- 3.2 Eignungsfeststellung gemäß § 63 Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) für die Errichtung und den Betrieb der Notschlackebox,
- 3.3 Änderung der Emissionsgenehmigung nach § 4 Abs. 5 Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG):
 - für die bestehende Badschmelzofenanlage einschließlich der dazugehörigen Nebenanlagen und der Raffination (einschließlich des Petrolkokeinsatzes) beträgt die theoretisch mögliche Feuerungswärmeleistung 48 MW; durch die beantragte Schlackenreduktionsanlage mit den dazugehörigen Nebenanlagen (Entkupferung) und einem Kokeinsatz von 15 000 Tonnen pro Jahr erhöht sich die theoretisch mögliche Feuerungswärmeleistung um 23,5 MW; die theoretisch mögliche Feuerungswärmeleistung der Gesamtanlage beträgt demzufolge 71,5 MW,
 - Auflistung der einbezogenen Quellen von Emissionen (§ 4 Abs. 3 Nr. 4 TEHG) der beantragten wesentlichen Änderung:
 - Quelle I.12 Feuerungsabgase Entkupferung am Badschmelzofen (geänderte Quelle),
 - Quelle I.23 Prozessgasfilter (neue Quelle).

Im Übrigen ergeht diese Genehmigung unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG nicht von der Genehmigung eingeschlossen werden.

4. Kostenentscheidung

Die Kosten dieses Verfahrens trägt die Antragstellerin.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg, Theodor-Tantzen-Platz 8, 26122 Oldenburg, einzulegen.

Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Bahlmann Naturstrom GmbH, Lindern)

Bek. d. GAA Oldenburg v. 2. 3. 2017
 – 31.15-40211/1-8.6.2.1-06 –

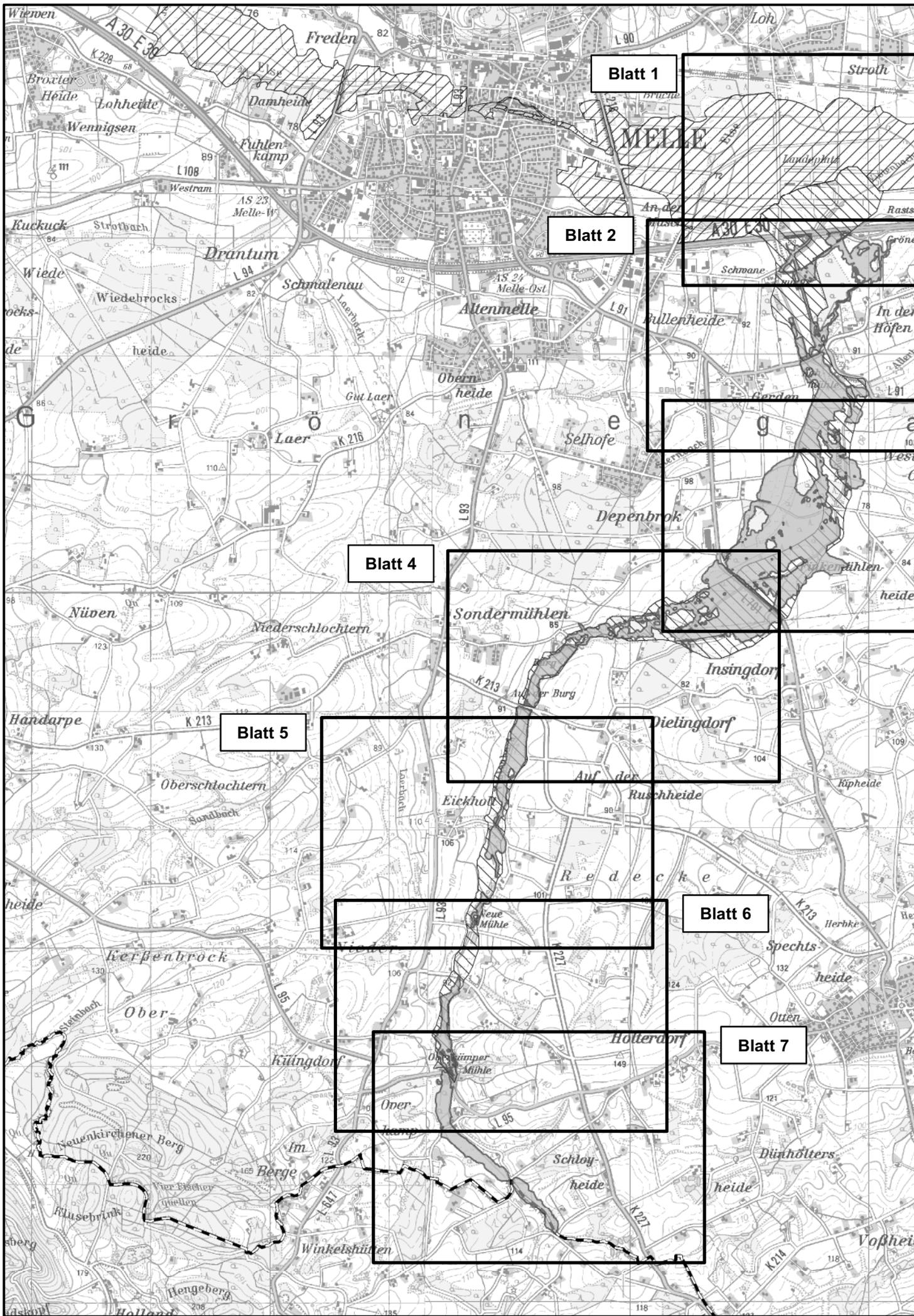
Die Firma Bahlmann Naturstrom GmbH, Mühlenstraße 30, 49699 Lindern, hat mit Schreiben vom 19. 9. 2016 die Erteilung einer Genehmigung gemäß den §§ 16 und 10 BImSchG in der derzeit geltenden Fassung für die wesentliche Änderung ihrer Anlage zur biologischen Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen in 49699 Lindern, Boschstraße 10, Gemarkung Lindern, Flur 35, Flurstücke 5/3, 5/4 und 4/6, beantragt.

Die beantragte Änderung erstreckt sich im Wesentlichen auf den Abbau eines BHKW und die Errichtung und den Betrieb von zwei leistungsstärkeren BHKW mit einer einhergehenden Erhöhung der Gesamtfeuerungswärmeleistung auf maximal 5 853 kW.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. Nummer 8.4.1.1 Spalte 2 der Anlage 1 UVPG in der derzeit geltenden Fassung durch eine Vorprüfung des Einzelalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung in diesem Verfahren nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Sie ist nicht selbständig anfechtbar.



Blatt 1

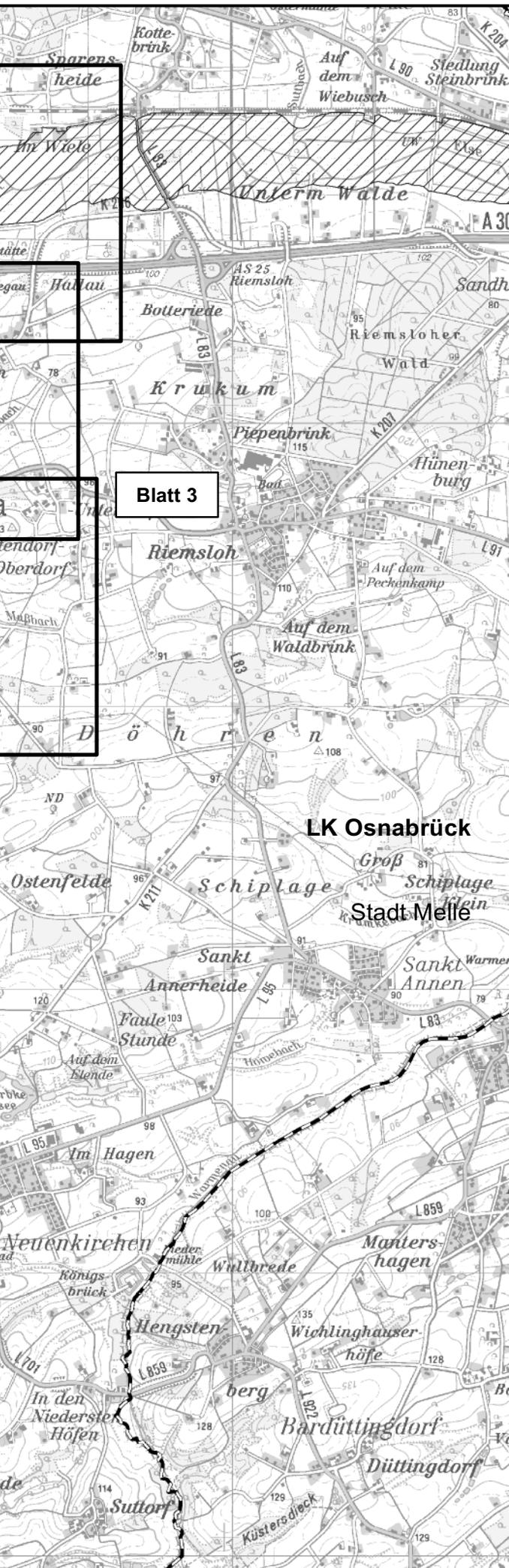
Blatt 2

Blatt 4

Blatt 5

Blatt 6

Blatt 7



Niedersächsischer Landesbetrieb für
Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz
Betriebsstelle Cloppenburg

Vorläufige Sicherung des Überschwemmungsgebietes des Violenbaches im Landkreis Osnabrück

Übersichtskarte

Bek. d. NLWKN v. 15.03.2017
Az. 62023-536-17

Legende

-  Vorläufig gesichertes Überschwemmungsgebiet (soweit nicht bereits festgesetzt)
-  Blattschnitt der vorläufigen Sicherung (M. 1 : 5.000)

Nachrichtlich

-  Festgesetztes Überschwemmungsgebiet der Elbe vom 17.06.2003
-  Historisches Überschwemmungsgebiet des Violenbaches vom 07.04.1913

Verwaltungsgrenzen

-  Kreisgrenzen
-  Gemeindegrenzen



Maßstab: 1 : 40.000

Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung, © 2011 Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN)



Cloppenburg, den 15.03.2017

Stellenausschreibung

Beim **Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML)** ist im Referat 307 „EU-Direktzahlungen, Cross Compliance, Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS), AgrarGIS“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt der Dienstposten/Arbeitsplatz

einer Sachbearbeiterin oder eines Sachbearbeiters

zu besetzen.

Der Dienstposten ist nach BesGr. A 13 bewertet. Zurzeit steht nur eine Stelle der BesGr. A 12 zur Verfügung. Es besteht kein Anspruch auf Beförderung. Die Eingruppierung erfolgt abhängig von der jeweiligen fachlichen Qualifikation in EntgeltGr. 11 oder 12 TV-L.

Aufgabenbeschreibung:

Im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung ergeben sich im Bereich InVeKoS in Zusammenhang mit der Gewährung von EU-Direktzahlungen u. a. folgende Schwerpunkte:

- Cross Compliance (CC),
- landwirtschaftlich-fachliche Aspekte bei der Gewährung der EU-Direktzahlungen, insbesondere in Zusammenhang mit der Umsetzung der Greeningverpflichtungen gemäß den Artikeln 43 bis 47 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013,
- Dauergrünlanderhaltung als Bestandteil der Greeningverpflichtungen.

Anforderungsprofil:

Bewerberinnen und Bewerber der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt, der Fachrichtung „Agrar- und umweltbezogene Dienste“ (ehemals gehobener landwirtschaftlich-technischer Dienst) sowie Beschäftigte mit einem Abschluss als Bachelor oder einem vergleichbaren Abschluss an einer landwirtschaftlichen Hochschule, sofern entsprechende praktische Verwaltungskenntnisse vorhanden sind.

Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamte der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt, der Fachrichtung „Allgemeine Dienste“ (ehemals gehobener allgemeiner Verwaltungsdienst) sowie Beschäftigte mit einem erfolgreich abgeschlossenen Angestellten-/Verwaltungslehrgang II können sich bewerben, sofern entsprechende landwirtschaftliche Fachkenntnisse vorhanden sind.

Weitere Anforderungen:

Praktische Erfahrungen im Bereich der Gewährung von EU-Zahlungen an landwirtschaftliche Betriebe sowie breite Kenntnisse des landwirtschaftlichen Fachrechts sind von Vorteil.

Gesucht wird eine einsatzfreudige und uneingeschränkt belastbare Persönlichkeit, für die die Umsetzung von kurzfristigen Terminvorga-

ben ebenso selbstverständlich ist wie der sichere Umgang mit den MS-Office-Produkten.

Darüber hinaus werden folgende persönliche Fähigkeiten und Fertigkeiten erwartet:

- Kooperations- und Teamfähigkeit,
- Organisationsfähigkeit,
- kommunikative Kompetenz,
- eine gute sprachliche und schriftliche Ausdrucksweise.

Die Tätigkeit ist grundsätzlich teilzeitgeeignet, aber insgesamt in Vollzeit zu besetzen.

Bewerberinnen und Bewerber mit Behinderungen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ebenfalls nach Maßgabe der einschlägigen Vorschriften bevorzugt berücksichtigt. Eine Behinderung/Gleichstellung bitte ich zur Wahrung Ihrer Interessen bereits in der Bewerbung mitzuteilen.

Das ML strebt an, in allen Bereichen und Positionen eine Unterrepräsentanz i. S. des NGG abzubauen. Daher sind Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht und können nach Maßgabe des § 11 NGG bevorzugt berücksichtigt werden.

Das ML ist im Rahmen des audit berufundfamilie® als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte unter Angabe des Aktenzeichens 402-03041-975 (bei externen Bewerbungen bitte mit Einverständniserklärung zur Einsichtnahme in die Personalakte und unter Angabe der Ansprechpartnerin oder des Ansprechpartners in der jeweiligen Personaldienststelle mit E-Mail-Adresse) **bis zum 7. 4. 2017** an das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, und Verbraucherschutz, Referat 402, Calenberger Straße 2, 30169 Hannover.

Für Fragen zum Arbeitsgebiet stehen Herr von der Goltz, Tel. 0511 120-2168, und für Fragen zum Ausschreibungsverfahren Herr Stelzig, Tel. 0511 120-2064, zur Verfügung.

Eingangsbestätigungen/Zwischennachrichten werden nicht versandt. Sofern die Rücksendung der Unterlagen gewünscht wird, ist den Bewerbungsunterlagen ein frankierter Rückumschlag beizulegen. Andernfalls werden die Bewerbungsunterlagen zwei Wochen nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens vernichtet.

Bewerbungen sind auch per E-Mail möglich. Bitte senden Sie Ihre vollständigen Unterlagen (im PDF-Format) an ref402-personal@ml.niedersachsen.de.

– Nds. MBL Nr. 10/2017 S. 292

Herausgegeben von der Niedersächsischen Staatskanzlei

Verlag: Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover; Postanschrift: 30130 Hannover, Telefon 0511 8550-0, Telefax 0511 8550-2400. Druck: Gutenberg Beuys Feindruckerei GmbH, Langenhagen. Erscheint nach Bedarf, in der Regel wöchentlich. Laufender Bezug und Einzelstücke können durch den Verlag bezogen werden. Bezugspreis pro Jahr 130,40 €, einschließlich 8,53 € Mehrwertsteuer und 12,80 € Portokostenanteil. Bezugskündigung kann nur 6 Wochen vor Jahresende schriftlich erfolgen. Einzelnummer je angefangene 16 Seiten 1,55 €. ISSN 0341-3500. Abonnementservice: Christian Engelmann, Telefon 0511 8550-2424, Telefax 0511 8550-2405

Einzelverkaufspreis dieser Ausgabe 4,65 € einschließlich Mehrwertsteuer zuzüglich Versandkosten